

Boss, Alfred et al.

**Article — Digitized Version**

## Finanzpolitische Impulse für Konjunktur und Wachstum in Deutschland

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred et al. (2000) : Finanzpolitische Impulse für Konjunktur und Wachstum in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 28-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2400>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Finanzpolitische Impulse für Konjunktur und Wachstum in Deutschland

Von Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt und Hubert Strauß

Die deutsche Wirtschaft stand 1999 im Zeichen der konjunkturellen Erholung. Trotz des schwachen Starts, der die Nachwirkungen der weltwirtschaftlichen Krisen widerspiegelte, übertraf das Bruttoinlandsprodukt im Jahresergebnis sein Niveau vom Vorjahr um 1,5 Prozent. Im Verlauf des zweiten Halbjahrs expandierte die gesamtwirtschaftliche Aktivität mit einer Jahresrate von reichlich 3 Prozent (Schaubild 1). Die Belebung ging dabei vor allem vom Export aus, der mit einer laufenden Jahresrate von 7,8 Prozent kräftig anzog. Gestützt wurde die Konjunktur aber auch durch die rasche Ausweitung der privaten Konsumausgaben im Zuge deutlich steigender verfügbarer Einkommen.

Der Rückgang der Beschäftigung im Sommerhalbjahr 1999 ist im Herbst von einem Anstieg abgelöst worden. Die registrierte Arbeitslosigkeit, die im zweiten und im dritten Quartal trotz des demographisch bedingt schrumpfenden Arbeitsangebots leicht zugenommen hatte, sinkt seit dem Spätherbst wieder.

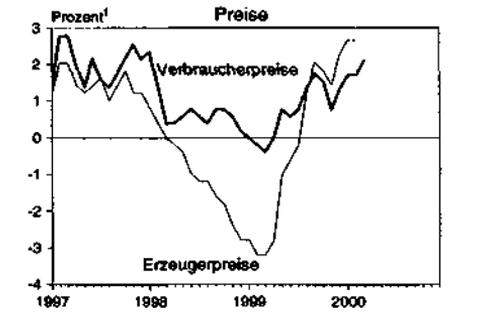
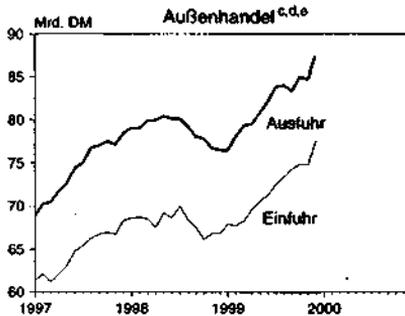
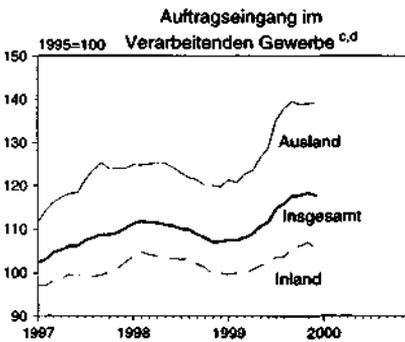
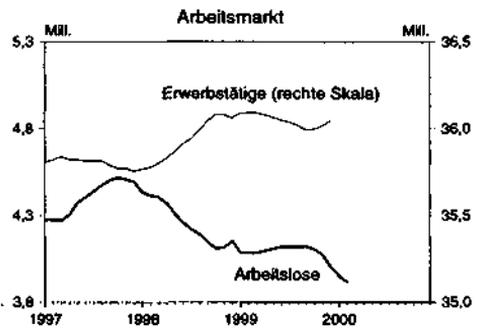
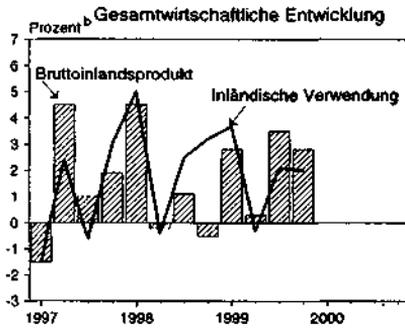
Die Frühindikatoren deuten auf eine Beschleunigung des Aufschwungs nach der Jahreswende hin. Zwar nahmen die Auftragsseingänge im verarbeitenden Gewerbe zuletzt etwas verlangsamt zu. Doch wurde die aktuelle Geschäftslage spürbar günstiger beurteilt als zuvor. Die Geschäftserwartungen – insbesondere die Exporterwartungen – haben sich sogar sehr kräftig verbessert. Im Januar lag ihr Niveau in der Nähe ihres letzten Hochpunktes Mitte 1997. Insgesamt ist das Geschäftsklima merklich günstiger als im vorangegangenen Quartal.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich verstärkt. Maßgeblich hierfür war neben der Erhöhung der Rohölpreise die nochmalige Abwertung des Euro. Hinzu kommen die Auswirkungen der abermaligen Anhebung der Energiesteuern zum 1. Januar 2000. Im Februar lagen die Verbraucherpreise um 1,8 Prozent über ihrem Vorjahresniveau. Dies dürfte jedoch die mittelfristige Inflationstendenz überzeichnen, denn die außenwirtschaftlichen und die steuerlichen Einflüsse werden den Preisauftrieb nicht dauerhaft erhöhen. So sind die Lebenshaltungskosten ohne Energieträger in den vergangenen Monaten kaum gestiegen. Im Januar lagen sie nur um 0,5 Prozent über ihrem Stand ein Jahr zuvor.

## Geldpolitik wird Konjunktur leicht dämpfen

Nach der jüngsten Anhebung der Leitzinsen im Euroraum auf 3,5 Prozent zeichnet sich für die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland ein uneinheitliches Bild. Von den kurzfristigen Zinsen in Euroland gehen derzeit etwa neutrale Wirkungen auf die deutsche Konjunktur aus. Der Zinssatz auf Dreimonatsgeld beträgt zurzeit etwa 3,8 Prozent. In realer Rechnung dürften die kurzfristigen Zinsen etwa auf dem Niveau ihres langjährigen Mittels von 3 bis 3,5 Prozent lie-

Schaubild 1: Indikatoren<sup>a</sup> zur Konjunktur in Deutschland



<sup>a</sup>Saisonbereinigt. – <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – <sup>c</sup>Real. – <sup>d</sup>Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – <sup>e</sup>Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – <sup>f</sup>Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

gen. Der Anstieg der Kapitalmarktzinsen hat sich abgeschwächt. Mit 5,4 Prozent sind sie gegenwärtig nur wenig höher als im Schlussquartal 1999. Real liegen sie – eine längerfristige Inflationserwartung von 1,5 Prozent unterstellt – in der Nähe ihres langjährigen Durchschnittswertes.

Positive Konjunkturimpulse gehen dagegen weiter vom Wechselkurs des Euro aus, der in nominaler effektiver Rechnung im ersten Quartal des laufenden Jahres gegenüber dem Vorquartal noch einmal 3 Prozent an Wert verloren haben dürfte und etwa 13 Prozent schwächer notierte als zu seiner Einführung Anfang 1999. Durch die damit verbundene Verbesserung der preislichen Konkurrenzfähigkeit deutscher Firmen gegenüber Wettbewerbern außerhalb Eurolands wird die Produktion angeregt.

Wir erwarten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen in den kommenden Monaten um weitere 25 Basispunkte erhöhen wird. Der Geldmarktsatz wird voraussichtlich bis zum Sommer auf 4 Prozent steigen. Auf diesem Niveau wird er, so nehmen wir an, im Jahr 2001 bleiben (Kamps et al. 2000). Die Kapitalmarktzinsen dürften wegen der Erwartungen steigender kurzfristiger Zinsen zunächst bis auf knapp 6 Prozent anziehen und sich gegen Ende des Prognosezeitraums wohl wieder etwas zurückbilden. Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar unterstellen wir für den Prognosezeitraum einen Wert von 1,0. Insgesamt werden die monetären Rahmenbedingungen die deutsche Konjunktur bis ins Jahr 2001 leicht bremsen.

### **Finanzpolitik fördert das Wachstum**

Die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates sind im Jahr 1999 etwa so stark gestiegen wie das Produktionspotential. Sie werden im Jahr 2000 infolge zahlreicher Einsparmaßnahmen<sup>1</sup> schwächer zunehmen, so dass die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage etwas gedämpft wird. Mit einer leichten Lockerung des Sparkurses ist für das Jahr 2001 zu rechnen; in einzelnen Bereichen (Wohngeld, Leistungen nach dem BAFöG) sind Mehrausgaben bereits beschlossen worden.

Die Abgabenbelastung ist im Jahr 1999 – auch infolge des Wegfalls von Steuerergünstigungen – deutlich gestiegen. Sie dürfte im Jahr 2000 geringfügig abnehmen. Zwar wurden die Mineralöl- und die Stromsteuer zu Jahresbeginn erhöht, dem stehen aber einzelne Steuersenkungen (z. B. infolge der Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensbesteuerung und im Rahmen der Familienförderung) gegenüber, und der Beitragssatz in der Rentenversicherung wurde von 19,5 auf 19,3 Prozent reduziert. Im kommenden Jahr werden private Haushalte und Unternehmen kräftig entlastet. Zum einen wird eine Reform der Unternehmensbesteuerung verwirklicht, zum anderen wird die im März 1999 für das Jahr 2002 beschlossene generelle Einkommensteuersenkung vorzeitig in Kraft gesetzt.

Die ersten beiden Stufen der Steuerreform vom März 1999, die bereits in Kraft getreten sind, waren – bei Berücksichtigung der Anhebung des Kindergeldes zum Jahresbeginn 1999 – per saldo aufkommensneutral konzipiert. Die dritte Stufe beinhaltet nennenswerte Senkungen der Grenzsteuersätze für Ledige mit einem zu versteuernden Einkommen bis etwa 60 000 DM je Jahr und für Verheiratete

---

<sup>1</sup> Zu den Maßnahmen im Rahmen des „Sparpakets“ vgl. Boss et al. (1999b).

Tabelle 1: Auswirkungen der Reform des Einkommensteuertarifs auf die Einnahmen der Gebietskörperschaften in Deutschland (Mill. DM)

	2001	2002	2003	2004	2005
1. Einführung des im März 1999 für das Jahr 2002 beschlossenen Steuertarifs schon im Jahr 2001					
– Anhebung des Grundfreibetrags auf 14093 DM	-5 200 <sup>c</sup>	-5 220	-	-	-
– Senkung des Einkommenssteuersatzes auf 19,9 Prozent	-1 800 <sup>c</sup>	-1 860	-	-	-
– Korrektur des Steuertarifs	-18 850 <sup>c</sup>	-18 900	-	-	-
– Senkung des Spitzensteuersatzes auf 48,5 Prozent	-2 150 <sup>c</sup>	-2 170	-	-	-
– Zusammen	-28 000	-28 150 <sup>d</sup>	-28 700 <sup>c,d</sup>	-29 400 <sup>c,d</sup>	-30 000 <sup>c,d</sup>
2. Änderung des Einkommensteuertarifs <sup>a</sup> ab 2003	-	-	-13 5100	-13 260	-13 500 <sup>c</sup>
3. Änderung des Einkommensteuertarifs <sup>b</sup> ab 2005	-	-	-	-	-20 000 <sup>c</sup>
4. Insgesamt	-28 000	-28 150	-42 210	-42 660	-63 500 <sup>c</sup>

<sup>a</sup> Anhebung des Grundfreibetrages um 432 auf 14 525 DM; Verringerung des Einkommenssteuersatzes auf 17 Prozent; Senkung des Höchststeuersatzes auf 47 Prozent. – <sup>b</sup> Anhebung des Grundfreibetrags auf 15 011 DM; Verringerung des Einkommenssteuersatzes auf 15 Prozent und des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent. – <sup>c</sup> Eigene Schätzung. – <sup>d</sup> Im März 1999 beschlossen und in der Finanzplanung enthalten.

Quelle: BMF (1999: 278–304), Deutscher Bundestag (2000).

mit einem zu versteuernden Einkommen bis etwa 120 000 DM je Jahr. Die damit einhergehende Verringerung der durchschnittlichen Steuersätze für alle Einkommensteuerzahler führt im Jahr 2001 – im Vergleich zur Entwicklung bei unverändertem Steuertarif und bei Nichtberücksichtigung der Reaktionen der Haushalte und Unternehmen auf die Rechtsänderungen – zu Mindereinnahmen des Staates in Höhe von rund 28 Mrd. DM (Tabelle 1); in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 0,7 Prozent. Weitere Einkommenssteuersatzsenkungen sind für die Jahre 2003 und 2005 geplant. Die Reform der Unternehmensbesteuerung dürfte im Jahr 2001 zu einer Entlastung führen, die sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,4 Prozent beläuft; mittelfristig wird sich das Entlastungsvolumen ungefähr halbieren, weil die verschärften Abschreibungsregelungen ihre volle Wirkung erst dann entfalten.

Insgesamt wird die Finanzpolitik im Jahr 2000 in etwa neutral wirken, im Jahr 2001 wird sie die Konjunktur merklich anregen. Die Finanzpolitik wirkt aber auch – und vor allem – auf das Wachstum der Wirtschaft. Infolge der Ausgabenkürzungen insbesondere im Rahmen des Sparpakets, das Ende 1999 beschlossen wurde, werden die Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandspro-

Tabelle 2: Ausgaben des Staates<sup>a</sup>, Steuern, Sozialabgaben, Budgetsaldo und Schulden 1950–2001 – in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)

	Ausgaben	Steuern	Sozial- beiträge	Sonstige Einnahmen	Budget- saldo	Verschul- dung <sup>b</sup>
<i>Früheres Bundesgebiet</i>						
1950 <sup>c</sup>	31,6	21,3	8,7	2,2	0,6	21,0
1960	32,9	23,0	10,3	2,6	3,0	17,4
1970	39,1	24,0	12,6	2,7	0,2	18,6
1980	49,0	25,9	16,9	3,3	-2,9	31,8
1981	49,9	25,2	17,5	3,5	-3,7	35,5
1982	50,1	24,9	17,9	4,0	-3,3	38,7
1983	48,9	24,9	17,4	4,0	-2,6	40,3
1984	48,5	25,1	17,4	4,1	-1,9	41,0
1985	48,0	25,2	17,6	4,0	-1,2	41,7
1986	47,4	24,6	17,5	4,0	-1,3	41,6
1987	47,7	24,7	17,6	3,5	-1,9	42,6
1988	47,3	24,5	17,5	3,1	-2,2	43,1
1989	45,8	25,2	17,2	3,5	0,1	41,8
1990	46,1	23,6	16,9	3,5	-2,1	45,6
1991	48,6	24,7	17,0	3,5	-3,4	-
<i>Bundesgebiet einschließlich der neuen Bundesländer<sup>d</sup></i>						
1991	48,3	22,4	17,2	4,6	-4,1	44,2
1992	50,4	22,8	17,6	5,0	-5,0	49,2
1993	51,4	22,8	18,2	5,0	-5,4	55,4
1994	50,3	22,8	18,6	5,1	-3,8	56,0
1995	49,4	22,6	18,8	4,8	-3,2	57,0 <sup>e</sup>
1996	50,3	22,9	19,4	4,6	-3,4	59,7
1997	49,2	22,6	19,6	4,4	-2,6	60,8
1998	48,3	23,1	19,2	4,4	-1,7	60,7
1999	48,4	24,2	18,9	4,3	-1,1	60,9
2000	47,8	24,3	18,5	3,9	-1,0	60,4
2001	47,0	23,3	18,2	3,8	-1,6	59,8

<sup>a</sup> Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, 1991 bis 1994 einschließlich Treuhandanstalt. – <sup>b</sup> Öffentliche Haushalte (ohne Sozialversicherung), ab 1991 einschließlich Bundesbahn/Reichsbahn, Treuhandanstalt und ehemals staatliche Wohnungswirtschaft der DDR, Stand am Jahresende in Prozent des Bruttoinlandsprodukts des betreffenden Jahres. – <sup>c</sup> Ohne Saarland und Westberlin. – <sup>d</sup> Angaben nach den revidierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995), nur begrenzt vergleichbar mit den Daten für das frühere Bundesgebiet. – <sup>e</sup> Ab 1995 Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999c; 1999d; 2000), Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.

dukt in den kommenden Jahren niedriger als in den neunziger Jahren ausfallen (Tabelle 2). Infolge dieses Rückgangs der Ressourcenbeanspruchung durch den Staat wird das Produktionspotential rascher wachsen, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Die Wachstumsrate des Potentials dürfte sich schätzungsweise um 0,1

bis 0,2 Prozentpunkte erhöhen.<sup>2</sup> Zwar wird die Realkapitalbildung im Zuge der Reform der Unternehmensbesteuerung<sup>3</sup> tendenziell geschwächt, zusammen mit den Einkommensteuerentlastungen bis zum Jahr 2005 werden aber per saldo allokative Verzerrungen verringert; zudem werden infolge der reduzierten Einkommensteuersätze die Leistungsanreize im Durchschnitt etwas weniger als bislang beeinträchtigt.<sup>4</sup>

### Lohnpolitik: Kleiner Beitrag für mehr Beschäftigung

Die Lohnrunde des Jahres 2000 ist mit Problemen vorbelastet, die insbesondere im Pilotbereich Metall sehr schwierige und vor allem langwierige Verhandlungen erwarten lassen. Die gemeinsame Erklärung von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität vorrangig zur Beschäftigungsförderung genutzt werden soll, lässt Raum für sehr unterschiedliche Interpretationen bis hin zu einer von den Gewerkschaften favorisierten Politik der Arbeitsumverteilung. Hierbei ist daran zu denken, dass in der Metallindustrie der Rahmentarifvertrag über die 35-Stunden-Woche Ende dieses Jahres ausläuft. Zudem liegen bei der von der IG Metall geforderten „Rente mit 60“ die Positionen von Arbeitgebern und Gewerkschaften weit auseinander. In jüngster Zeit ist es allerdings auch innerhalb der IG Metall zu Kontroversen über die Realisierbarkeit einer „Rente mit 60“ im Rahmen eines Tarifvertrags gekommen.<sup>5</sup>

Den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraum veranschlagen wir für dieses Jahr auf etwa 3 Prozent. Das Wachstum der Stundenproduktivität dürfte 2,6 Prozent<sup>6</sup> und die Inflationsrate 1,4 Prozent betragen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Verbraucherpreisanstieg in beträchtlichem Umfang durch eine kräftige Erhöhung der Importpreise (insbesondere für Energierohstoffe) bedingt ist. Die Preise der Hersteller werden, gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts, nur um 0,6 Prozent steigen, und nur dieser Anstieg kann verteilt werden.

<sup>2</sup> Dieser Effekt ergibt sich, wenn man sich auf die Berechnungen Heitgers stützt (Heitger 1998). Danach erhöht eine Reduktion der Staatsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um einen Prozentpunkt die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um knapp 0,1 Prozentpunkte.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt „Zur Reform der Unternehmensbesteuerung“.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu den Abschnitt „Korrektur des Einkommensteuertarifs: Vermeidung heimlicher Steuererhöhungen, nur geringe Steuerentlastung“.

<sup>5</sup> Einen Tarifvertrag über die „Rente mit 60“, bei dem die hiernüt verbundenen Rentenabschläge aus einem überbetrieblichen Fonds kompensiert werden, der aus einem Teil der vereinbarten Lohnanhebung gespeist wird, hat es bislang nur in der Kautschukindustrie gegeben. Gesamtmetall hält dieses Modell für die Metallindustrie für nicht geeignet, während die Führung der IG Metall dem Abschluss in der Kautschukindustrie Signalwirkungen zuspricht. Demgegenüber wird die ÖTV die „Rente mit 60“ nicht in ihren Forderungskatalog aufnehmen.

<sup>6</sup> Dies entspricht den Schätzungen des Sachverständigenrats (SVR 1999: 126, Ziff. 210), an denen sich Gesamtmetall orientiert hat. Die Gewerkschaften setzen das Wachstum der Stundenproduktivität deutlich höher an (3,5 Prozent). Dieser Wert ist allerdings angesichts der mittelfristigen Entwicklung überhöht.

Würde die Metallindustrie sich allein von ihrer Rolle als Lohnführer leiten lassen und sich primär an gesamtwirtschaftlichen Größen orientieren, so dürfte sie höchstens mit 2 Prozent abschließen: 0,6 Prozentpunkte zum Preisausgleich<sup>7</sup> zuzüglich – entsprechend den im „Bündnis für Arbeit“ getroffenen Vereinbarungen – maximal der Hälfte des Produktivitätsanstiegs (1,3 Prozentpunkte). Die andere Hälfte könnte dann zur Beschäftigungsausweitung genutzt werden. Nachdem aber die Metallarbeitgeber bereits einen Dreijahresvertrag mit jährlichen Stufenanhebungen von 1,5 Prozent angeboten haben und die IG Metall sogar 5,5 Prozent mehr Lohn fordert, wird der tatsächliche Abschluss um einiges über 2 Prozent liegen.

Wegen der schwierigen Gemengelage wird es zu einer Einigung im Bereich Metall vermutlich erst im späten Frühjahr kommen. Zu dieser Zeit wird sich die Beschäftigungsaufstockung beschleunigt haben, was sich zusammen mit einem rückläufigen Arbeitskräfteangebot in einer überproportionalen Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit niederschlagen dürfte. Dadurch wird die Verhandlungsposition der IG Metall wesentlich gestärkt, zumal die Arbeitgeberseite angesichts voller Auftragsbücher wohl alles daransetzen wird, einen Streik zu vermeiden. Wir erwarten eine lineare Tarifierhebung von 3,2 Prozent ab 1. März für 12 Monate. Ein solcher Abschluss dürfte jedoch mit wesentlichen Konzessionen an Gesamtmetall verbunden sein: Verzicht auf die „Rente mit 60“ für alle zugunsten tarifvertraglich abgesicherter Lösungen auf einzelbetrieblicher Ebene nach dem Prinzip der „doppelten Freiwilligkeit“<sup>8</sup> und/oder Verlängerung des Manteltarifvertrags über die 35-Stunden-Woche um weitere zwei Jahre.<sup>9</sup>

In den meisten Tarifbereichen, in denen das Wachstum der Stundenproduktivität deutlich niedriger liegt als in der Metallindustrie, werden die Tarifierhebungen von denen in der Metallindustrie nach unten abweichen.<sup>10</sup> Für die Gesamtwirtschaft im Durchschnitt dieses Jahres wird sich eine Tariflohnerhöhung um 2,5 Prozent ergeben.

In der Lohnrunde 2001 wird der Verteilungsspielraum etwas größer als in diesem Jahr sein. Zwar dürfte die Zunahme der Stundenproduktivität vor allem infolge des nachlassenden, gesamtwirtschaftlichen Expansionstempos geringer als im Jahr 2000 sein, die Terms of Trade werden sich aber nicht verschlechtern. Die Verhandlungsposition der IG Metall wird sich bis zum Frühjahr 2001 vor allem infolge der Konsolidierung des Beschäftigungsaufbaus abermals verbessert haben.

<sup>7</sup> Dies entspricht der gegenwärtigen Kerninflationrate.

<sup>8</sup> Das vorzeitige Ausscheiden des Beschäftigten aus dem Betrieb erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber.

<sup>9</sup> Denkbar ist auch folgendes Szenario, welches allerdings gegenwärtig nur noch geringe Realisierungschancen hat: Die „Rente mit 60“ wird ohne Abstriche verwirklicht, was nicht ohne ein substantielles Entgegenkommen der Gewerkschaften bei der Tarifierhöhung und in der Frage der tariflichen Wochenarbeitszeit möglich erscheint. Für die gesamten Arbeitskosten hätte dieses Szenario einen ähnlichen Anstieg zur Folge wie die von uns erwartete Entwicklung.

<sup>10</sup> Annahme für die einzelnen Abschlüsse: Öffentlicher Dienst: 2,4 Prozent ab 1. April für Angestellte und Arbeiter sowie ab 1. Juli für Beamte; Chemie: 2,5 Prozent ab 1. Juli; Einzelhandel: 2,4 Prozent ab 1. Mai; Baugewerbe: 2,2 Prozent (effektiv 1,8 Prozent) ab 1. April. Bei den Banken steht die „Drei vor dem Komma“ (3,1 Prozent) bereits fest.

Eine weitgehende Ausschöpfung des Verteilungsspielraums durch den Lohnführer ist demnach wahrscheinlich. Wir rechnen mit einer Tarifierhebung für den Metallbereich um 3,6 Prozent (ab 1. März für 12 Monate). Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich dann im Jahresdurchschnitt 2001 ein Tariflohnanstieg um 2,8 Prozent.<sup>11</sup>

Im gesamten Prognosezeitraum bleibt die durchschnittliche Zunahme des Produzentenreallohns um ein knappes Drittel hinter dem Anstieg der Stundenproduktivität zurück. Damit wird es den Tarifparteien nicht gelingen, das im Bündnis für Arbeit anvisierte Ziel einer vorrangigen Nutzung des Wachstums der Arbeitsproduktivität für die Beschäftigungsausweitung in die Tat umzusetzen. Ein deutliches Signal für eine langfristig moderate Lohnpolitik, deren Hauptanliegen ein substantieller Beitrag zur Lösung der gravierenden Arbeitsmarktprobleme ist, wird also nicht gesetzt.

### Steiler Anstieg der Exporte

Der deutsche Außenhandel gewann 1999 mit dem Ende der Krisen in den Schwellenländern und der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den Industrieländern energisch an Schwung. Im Jahresverlauf stieg der Export von Gütern und Dienstleistungen real um 9 Prozent. Zwar ließ die Zunahme im vierten Quartal nach. Die ersten Ergebnisse für das Jahr 2000 deuten aber darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um eine kurze Verschnaufpause gehandelt hat.

Das Tempo des Ausfuhrzuwachses wird sich in diesem Jahr wieder erhöhen. Dafür spricht zum einen das Niveau der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland. Ihr sprunghafter Anstieg in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 hat das Auftragspolster in der Industrie beträchtlich vergrößert. Zuletzt haben die Auslandsorders in der Grundtendenz weiter zugelegt, wenngleich verhaltener. Zum anderen werden die Exporterwartungen der Unternehmen zusehends optimistischer. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen ist mittlerweile wieder ähnlich hoch wie im Jahr 1997, als der Export regelrecht boomte. Das Industrievertrauen sowie die besonders lebhaftige Nachfrage nach Investitionsgütern spiegeln den weiterhin kräftigen Aufschwung in den Partnerländern der Eurozone wider (Kamps et al. 2000). In den Vereinigten Staaten wird die konjunkturelle Dynamik zwar nachlassen; die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2000 aber stärker als in den beiden Vorjahren von der Industrie getragen, so dass der Nachfragesog aus dieser Region kaum an Kraft verlieren wird. Die mit den Anteilen am deutschen Export gewichtete Industrieproduktion bei den wichtigsten Handelspartnern wird ihr Ergebnis im Jahr 1999 um knapp 4,5 Prozent übertreffen. Damit schätzen wir den zu erwartenden Zuwachs der ausländischen Industrieproduktion im Vergleich zur Prognose vom Dezember 1999 um einen Prozentpunkt höher ein, was eine um 1,5 Prozentpunkte stärkere Zunahme der Exporte impliziert (Kasten 1). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deut-

<sup>11</sup> Nach dem „Geleitzugprinzip“ wird für den öffentlichen Dienst in 2001 eine Tarifierhöhung um 2,6 Prozent ab 1. April für Arbeiter und Angestellte (Beamte: ab 1. Juli), für den Bereich Chemie um 2,7 Prozent ab 1. Juni, für den Einzelhandel um 2,6 Prozent ab 1. Mai und für das Baugewerbe um 2,2 Prozent ab 1. April angenommen.

## Kasten 1: Aktualisierte Schätzgleichung für den deutschen Export

Das Institut für Weltwirtschaft verwendet für die Prognose des Außenhandels seit geraumer Zeit zeitreihenanalytische Verfahren (Döpke und Fischer 1994; Boss et al. 1997 sowie Strauß 1998 und 2000). So werden mit Hilfe eines Eingleichungs-Fehlerkorrekturmodells die lang- und die kurzfristigen Effekte von Veränderungen der Auslandskonjunktur und der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen untersucht. Aus einer Reihe von Gründen haben wir die Schätzungen aktualisiert. Erstens entsteht in der wirtschaftspolitischen Debatte bisweilen der Eindruck, mit der Einführung des Euro habe die Bedeutung des realen Außenwerts der D-Mark für die deutsche Ausfuhr nachgelassen. Daher ist es von Interesse zu untersuchen, ob sich die Wechselkurselastizität geändert hat. Zweitens veröffentlichte das Statistische Bundesamt (1999b) mit der Umstellung auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG95) eine geänderte Zeitreihe für die Exporte. Drittens berechnet die Deutsche Bundesbank (1998) den Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ( $\epsilon$ ), der mit dem realen Außenwert der D-Mark identisch ist und alle Drittmarkteffekte von Währungsbewegungen berücksichtigt, nimmere auch gegenüber einem breiten Länderkreis (38 Länder), wodurch sich die Einschätzung der Preiswirkungen von Währungskrisen in Schwellenländern auf den deutschen Export erheblich verbessern dürfte.

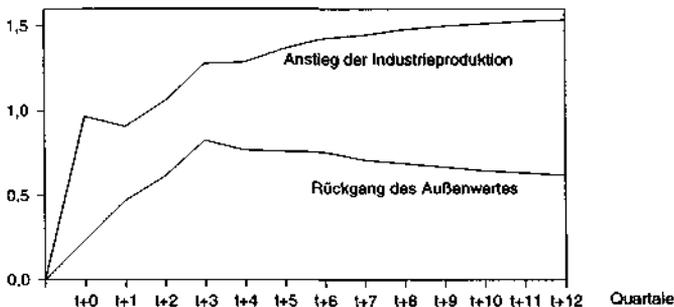
Als Proxy für die Auslandskonjunktur hat sich der mit den Anteilen der jeweiligen Länder am deutschen Export gewichtete Index der Industrieproduktion ( $I^*$ ) bei den 18 wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik bewährt. Die im Zeitablauf zunehmende Integration der Weltwirtschaft wird durch einen linearen deterministischen Trend ( $t$ ) berücksichtigt. Die Schätzung auf Basis saisonbereinigter, auf 1995=100 indizierter und logarithmierter Quartalsdaten für den Zeitraum 1974 II bis 1999 IV unter Berücksichtigung von fünf Verzögerungen aller Variablen ergibt nach Elimination insignifikanter Koeffizienten ( $t$ -Werte in Klammern):

$$\Delta X_t = -0,22 \left[ X_{t-1} - 1,54 I_{t-1}^* + 0,58 \epsilon_{t-1} - 0,0022 t \right] - 0,20 \Delta X_{t-1} + 0,14 \Delta X_{t-2} + 0,96 \Delta I_t^* \\ - 0,23 \Delta \epsilon_t - 0,21 \Delta \epsilon_{t-1} - 0,16 \Delta \epsilon_{t-2} - 0,19 \Delta \epsilon_{t-3} + 0,072 d90 + 0,045 d801 - 0,065 d804 + \hat{u}_t \\ (-3,90) \quad (-10,56) \quad (4,33) \quad (-2,48) \quad (-3,08) \quad (2,32) \quad (6,07) \\ (-2,46) \quad (-2,26) \quad (-1,71) \quad (-2,37) \quad (8,43) \quad (2,72) \quad (-3,65)$$

( $\bar{R}^2 = 0,67$ ;  $STDABW = 0,0157$ ;  $F = 17,02$ ;  $DW = 2,22$ ;  $JB[0,95]$ ;  $LM(1)[0,12]$ ;  $LM(4)[0,35]$ ;  $W4[0,89]$ ;  $d90 = +1$  von 1990 III bis 1990 IV und  $-1$  von 1991 I bis 1991 II, sonst 0;  $d801 = 1$  für 1980 I, sonst 0;  $d804 = 1$  für 1980 IV, sonst 0. Irrtumswahrscheinlichkeiten in eckigen Klammern.)

Zwischen den Niveaus der Exporte, der ausländischen Industrieproduktion, der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und dem Trend zur internationalen Arbeitsteilung liegt eine stabile Kointegrationsbeziehung vor (große eckige Klammer). Diese besagt, dass ein Anstieg der ausländischen Industrieproduktion bzw. eine reale Abwertung der D-Mark um jeweils 1 Prozent den Export langfristig um 1,54 bzw. um 0,58 Prozent erhöhen und dass die trendmäßige Expansion der Ausfuhr 0,22 Prozent pro Quartal, also knapp 0,9 Prozent pro Jahr, beträgt. Im Vergleich zur Schätzung in Boss et al. (1997: 277) werden eine höhere Produktionselastizität sowie eine nahezu unveränderte Wechselkurselastizität ermittelt. Der Ladungskoeffizient, der die Anpassungsgeschwindigkeit der Exporte an ihr – durch die ausländische Industrieproduktion und den Außenwert der D-Mark vorgegebenes – langfristiges Niveau angibt, ist kleiner. Eine rekursive Schätzung der Langfristkoeffizienten belegt, dass die Einführung des Euro zu keiner Instabilität der Wechselkurselastizität geführt hat. Die Schocksimulation (Abbildung) veranschaulicht, dass eine Auf- oder Abwertung bis zu einem Jahr benötigt, um ihre volle Wirkung auf die Ausfuhr zu entfalten; dagegen zeitigt eine Änderung der Produktion im Ausland rund zwei Drittel ihres Gesamteffekts im Quartal des Schocks. Zur aktuellen Exportprognose auf der Grundlage dieses Modells vgl. das Basisszenario in Schaubild 3 (b).

Abbildung: Veränderung der realen Exporte in Prozent gegenüber der Basislösung bei einem Anstieg der Industrieproduktion im Ausland bzw. einer Verringerung des realen Außenwerts der D-Mark um je 1 Prozent



schen Wirtschaft hat sich im Winterhalbjahr infolge der Abwertung des Euro nochmals erheblich verbessert und verleiht der Ausfuhrfähigkeit in diesem Jahr einen zusätzlichen Schub. Insbesondere gegenüber britischen und amerikanischen Konkurrenzprodukten haben sich deutsche Erzeugnisse zuletzt beträchtlich verbilligt. Für den Prognosezeitraum rechnen wir mit einem in etwa stabilen Außenwert des Euro. Innerhalb der Währungsunion wird die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen im Jahr 2000 durch leicht sinkende Lohnstückkosten gestärkt. Unter diesen günstigen Rahmenbedingungen wird die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen in diesem Jahr um 9,2 Prozent steigen (1999: 4,2 Prozent).

Im kommenden Jahr wird sich die Expansion der Ausfuhr etwas verlangsamen. Hierzu trägt zum einen die konjunkturelle Abschwächung in Nordamerika bei (Gern et al. 2000). Zum anderen werden die stimulierenden Effekte der Euro-Abwertung zur Jahreswende abklingen. Wir rechnen mit einer Zunahme des Exports um 6,8 Prozent im Jahr 2001.

Im Zuge der konjunkturellen Erholung haben auch die Importe Fahrt aufgenommen. Sie expandierten im Verlauf des vergangenen Jahres um knapp 8 Prozent. Im Prognosezeitraum werden sie von der zügigen Ausweitung der Inlandsnachfrage sowie von der kräftigen Exportkonjunktur getragen. Durch den schwachen Eurokurs wird die Nachfrage nach ausländischen Gütern und Dienstleistungen lediglich leicht gedämpft.<sup>12</sup> Der Import wird im Durchschnitt dieses Jahres um 6,9 Prozent und im kommenden Jahr um 7,3 Prozent zulegen (1999: 7,1 Prozent).

Die Einfuhrpreise zogen im Jahresverlauf 1999 infolge der Verknappung des Welterdölangebots und der Abwertung des Euro drastisch an. Der Anstieg hat sich zuletzt nochmals beschleunigt. Anders als zuvor bewegt sich seit dem Herbst auch der Index ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse deutlich nach oben. Zum einen haben nachgelagerte Produktionsstufen – insbesondere energieintensiv produzierende Branchen wie die chemische und die Metall verarbeitende Industrie – begonnen, ihre höheren Kosten auf die Abnehmer zu überwälzen, zum anderen steigen nunmehr auch außerhalb des Erdölmarktes die Notierungen für Rohstoffe. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Allerdings nehmen wir an, dass die Erdölnotierungen im Prognosezeitraum etwas nachgeben und der Außenwert des Euro stabil bleibt. Dadurch wird sich der Einfuhrpreisauftrieb ab der zweiten Hälfte des Jahres 2000 erheblich verlangsamen. Im kommenden Jahr dürfte er moderat sein. Alles in allem wird der Deflator der Importe in diesem Jahr um 4,3 Prozent und im kommenden Jahr um 1,1 Prozent steigen.

Im Jahr 1999 zogen die Ausfuhrpreise zunächst leicht, im Verlauf des zweiten Halbjahrs dann rascher an. Maßgeblich für die Beschleunigung war die kräftige Verteuerung der Importe. Die Überwälzung der höheren Kosten auf Abnehmer deutscher Produkte außerhalb der Währungsunion wurde durch den sinkenden

<sup>12</sup> Eine Schätzung zeigt, dass die absolute Wechselkurselastizität der aggregierten Importnachfrage Deutschlands deutlich geringer ist als die der Gesamtnachfrage nach deutschen Exporten (Strauß 2000). Allerdings trifft der Befund nicht auf jeden einzelnen Sektor zu (Meier 1998: 219–222).

Außenwert des Euro erleichtert. Im Prognosezeitraum werden diese preistreibenden Faktoren nachlassen. So dürfte sich die Teuerung auf vorgelagerten Produktionsstufen verringern; ferner werden die inländischen Lohnstückkosten (das Verhältnis aus Arbeitskosten und realem Bruttoinlandsprodukt) schwächer steigen als 1999. Der Deflator der Exporte wird sich im Jahr 2000 um 2 Prozent und 2001 um 1,3 Prozent erhöhen.

### **Weiterhin kräftige Investitionstätigkeit**

Nachdem der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen 1998 noch bei reichlich 9 Prozent gelegen hatte, hat er sich im vergangenen Jahr spürbar auf 5 Prozent verringert. Angesichts der 1999 insgesamt eher verhaltenen konjunkturellen Entwicklung erwies sich die Dynamik bei Ausrüstungsgütern damit aber immer noch als robust.

Seit Sommer vergangenen Jahres hat sich die Stimmung deutlich aufgehellt, da die Währungs- und Finanzkrisen nunmehr überwunden sind und bezüglich des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesregierung kaum noch Unsicherheit besteht. Derzeit sind die Geschäftserwartungen wieder ähnlich positiv wie vor Beginn der konjunkturellen Schwächephase. Wesentlich dafür ist, dass die Exporteure optimistischer geworden sind und die Unsicherheiten bezüglich der weiteren binnenwirtschaftlichen Entwicklung abgenommen haben.

Infolge dieses Stimmungswandels nimmt die Investitionsneigung wieder zu. So haben bei den Investitionsgüterherstellern die Auftragsgänge aus dem Inland, die erfahrungsgemäß ein zuverlässiger Frühindikator für die Investitionstätigkeit sind, in der zweiten Jahreshälfte 1999 kräftig zugelegt. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe, die bereits seit dem Frühjahr 1999 wieder aufwärts gerichtet ist, übertrifft derzeit den Normalauslastungsgrad, was voraussichtlich Anlass zu Erweiterungsinvestitionen geben wird. Von den Lohnabschlüssen dürften kaum dämpfende Einflüsse auf die Ertrags Erwartungen ausgehen. Die langfristigen Zinsen, die die Attraktivität von Alternativen widerspiegeln, werden im Prognosezeitraum nur geringfügig steigen.

Ein weiterer Faktor, der in diesem Jahr zu einer kräftigeren Investitionstätigkeit beitragen dürfte, ist die geplante Unternehmensteuerreform (siehe auch „Zur Reform der Unternehmensbesteuerung“ in diesem Beitrag). Angesichts der Tatsache, dass 2001 die Abschreibungsregeln verschärft werden, ist es lohnend, Investitionsprojekte vorzuziehen, um die jetzigen, großzügigeren Regelungen noch in Anspruch nehmen zu können. Der mittelfristige Effekt der Unternehmensteuerreform auf die Investitionstätigkeit ist allerdings eher als dämpfend einzuschätzen, denn die Reform führt zu einer reduzierten Subventionierung des Sachkapitaleinsatzes. Als Ergebnis der Reform sind Investitionsvorhaben aus rein steuerlichen Erwägungen weniger lohnend. Auf der anderen Seite erhöht sich das Potentialwachstum leicht (siehe auch „Finanzpolitik fördert das Wachstum“), was sich günstig auf die Investitionstätigkeit auswirkt.

Insgesamt erwarten wir, dass die Vorzieheffekte spürbar zur Investitionstätigkeit in diesem Jahr beitragen werden. Die Dynamik wird sich darum im kommenden Jahr etwas abflachen. Angesichts der günstigen konjunkturellen Rah-

menbedingungen wird der Aufschwung bei den Ausrüstungsgütern aber recht kräftig bleiben. Für den Verlauf dieses Jahres rechnen wir mit einer Zunahme um 7,2 Prozent und im nächsten Jahr um 6,1 Prozent.

Die Investitionen in sonstige Anlagen, die zu mehr als drei Viertel EDV-Software umfassen, haben im vergangenen Jahr um 9 Prozent zugelegt.<sup>13</sup> Nachdem die Umstellungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Jahrtausendwechsel abgeschlossen sind, erwarten wir eine leichte Abschwächung der Investitionsdynamik. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Internets wird dieser Bereich jedoch mit Zuwachsraten im Jahresdurchschnitt von 8,6 und 8,2 Prozent in diesem und im nächsten Jahr weiterhin kräftig expandieren.

Die Entwicklung bei den Bauinvestitionen fällt merklich schwächer aus als bei den Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen. Im vergangenen Jahr haben die Bauinvestitionen im Vorjahresvergleich stagniert. Damit ist der seit 1995 anhaltende Rückgang zu einem Ende gekommen; einem Anstieg um knapp 0,5 Prozent in Westdeutschland stand ein Rückgang um fast 2 Prozent in Ostdeutschland gegenüber. Die Aussichten sind nach wie vor nicht günstig. So haben sich wichtige Frühindikatoren wie die Geschäftserwartungen und die Auftrageingänge im Bauhauptgewerbe in der zweiten Jahreshälfte 1999 deutlich abgeschwächt. Vor allem die Auftrageingänge in Ostdeutschland haben kräftig nachgegeben. Sie unterschritten im vierten Quartal ihren Vorjahresstand um reichlich 17 Prozent. Der Nachfragerückgang in Westdeutschland lag hingegen bei nur 1,5 Prozent. Die Baugenehmigungen entwickelten sich in den beiden Regionen ebenfalls sehr unterschiedlich. Sie sind in den alten Ländern in der Grundtendenz leicht aufwärts gerichtet, während sie in den neuen Ländern tendenziell abnehmen.

In Westdeutschland hat vor allem der Wirtschaftsbau im Verlauf des vergangenen Jahres an Schwung gewonnen. Wesentlich dafür dürfte sein, dass die anhaltend hohe Kapazitätsauslastung zunehmend bauintensive Erweiterungsinvestitionen notwendig macht. Die Baugenehmigungen zeigen, dass vor allem die Nachfrage nach Bürogebäuden kräftig zunimmt. Aber auch die Genehmigungen für Fabrikgebäude und Verkaufsflächen sind 1998 deutlich gestiegen, wobei sie im Verlauf von 1999 nicht weiter zulegten. Angesichts der im Prognosezeitraum anhaltend hohen Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen werden die Wirtschaftsbauten sich spürbar erholen (Tabelle 3). Die Wohnungsbauinvestitionen werden hingegen nur wenig an Schwung gewinnen. Die erwartete kräftige Zunahme der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wird die Wohnungsbaukonjunktur zwar stützen. Dem stehen jedoch leicht anziehende Hypothekenzinsen und vor allem ein Angebotsüberhang bei mehrgeschossigen Wohnbauten gegenüber. Die Baugenehmigungen deuten darauf hin, dass sich nur der Einfamilienhausbau dynamisch entwickeln wird, während der Mehrfamilienhausbau in der Grundtendenz bestenfalls stagnieren wird.

Für Ostdeutschland zeigen sowohl die Auftrageingänge als auch die Baugenehmigungen einen beschleunigten Rückgang bei den Bauinvestitionen an. Maß-

---

<sup>13</sup> Das Statistische Bundesamt weist allerdings darauf hin, dass die Schätzung der Zuwachsraten der sonstigen Anlagen im Jahr 1999 mit vergleichsweise hohen Unsicherheiten behaftet ist.

**Tabelle 3: Entwicklung der realen Bauinvestitionen in Deutschland (in Prozent) 1999–2001**

	Gewicht in Prozent 1999 <sup>a</sup>	1999	2000 <sup>b</sup>	2001 <sup>b</sup>
Bauinvestitionen	100	0,1	1,4	1,6
Wohnbauten	57,1	-0,1	1,1	1,2
Nichtwohnbauten	42,9	0,3	1,8	2,0
Wirtschaftsbauten	29,9	-1,9	1,7	1,9
Öffentliche Bauten	13,0	5,3	1,9	2,3

<sup>a</sup> Anteil an den Bauinvestitionen im Jahr 1999. – <sup>b</sup> Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2000), Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.), eigene Schätzungen und Prognose.

geblich dafür ist, dass im Zuge des Wiedervereinigungsbooms vor allem die Bautätigkeit außerordentlich kräftig ausgeweitet wurde und nun die seit 1996 anhaltende Phase der Normalisierung die konjunkturellen Rahmendaten überlagert. Im Jahr 1998 betragen die Bauinvestitionen je Erwerbstätigen noch immer 163 Prozent des Niveaus in Westdeutschland, so dass für längere Zeit ein strukturell bedingter Rückgang der Bautätigkeit zu erwarten ist. Die Baugenehmigungen lassen auf einen spürbaren Rückgang bei den Wirtschaftsbauinvestitionen schließen. Bei Wohnbauten ist mit einer deutlichen Abnahme im Bereich der Mehrfamilienhäuser zu rechnen, während die Bautätigkeit bei Einfamilienhäusern voraussichtlich stagnieren wird.

Nachdem in den vergangenen Jahren im Zuge der Haushaltskonsolidierung die öffentlichen Bauinvestitionen recht kräftig zurückgeführt worden waren, kam es im vergangenen Jahr erstmalig seit 1992 zu einer Zunahme der öffentlichen Bautätigkeit. Angesichts der sich weiter verbessernden Finanzlage der Gemeinden wird sich diese Tendenz fortsetzen.

### **Lebhafte Verbrauchskonjunktur**

Im Jahr 1999 expandierten die real verfügbaren Einkommen mit einer Rate von 1,5 Prozent, wozu vor allem die kräftige Anhebung der Tariflöhne sowie die Erhöhung des Kindergelds beitrugen. Der private Verbrauch wurde real um 2,1 Prozent ausgeweitet; die Sparquote ging von 10 Prozent im Jahr 1998 auf 9,4 Prozent zurück.

Im Prognosezeitraum werden die verfügbaren Einkommen rascher zunehmen als 1999. Zwar bleibt die Erhöhung der Tariflöhne im Jahr 2000 hinter der im vergangenen Jahr zurück, doch nimmt die Beschäftigung zu, so dass sich der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte insgesamt beschleunigt. Noch stärker werden angesichts der konjunkturellen Belebung die Selbständigen- und Vermögenseinkommen ausgeweitet. Auch werden die privaten Haushalte bei den Steuern und

Sozialabgaben entlastet: So wurden der Grundfreibetrag angehoben, der Eingangs- und der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sowie die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt. Im Jahr 2001 wird die ursprünglich für 2002 vorgesehene dritte Entlastungsstufe bei der Einkommensteuer wirksam, die die Expansion der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erheblich beschleunigen wird. Bei den Transfereinkommen werden sich im Prognosezeitraum nur geringfügige Veränderungen ergeben. Zwar wurde das Kindergeld zum 1. Januar 2000 nochmals erhöht, die Einkommen aus Arbeitslosengeld und -hilfe werden jedoch konjunkturbedingt zurückgehen.

Alles in allem erwarten wir, dass die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im Jahr 2001 um 4,4 Prozent zunehmen werden. Berücksichtigt man die Preissteigerungsrate von jeweils 1,4 Prozent, so ergeben sich Zuwächse der real verfügbaren Einkommen um 1,7 Prozent in diesem und 3 Prozent im nächsten Jahr. Die Sparquote wird 2000 noch einmal leicht zurückgehen; im Jahr 2001 wird sie sich jedoch erhöhen, da die privaten Haushalte danach streben, ihren Konsum zu versterigen. Vor diesem Hintergrund wird der Anstieg des privaten Konsums 2000 voraussichtlich 2,2 Prozent, im kommenden Jahr 2,5 Prozent betragen.

### **Beschäftigung nimmt wieder zu**

Die Erwerbstätigkeit ist im Verlauf des Sommers 1999 nur wenig gesunken. Selbst im verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau) Westdeutschlands, das von der Konjunkturschwäche weitaus am stärksten betroffen und darüber hinaus einem kräftigen Lohnkostenschub ausgesetzt war, ging der Beschäftigungsrückgang auf seinem Höhepunkt im dritten Quartal 1999 kaum über 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr hinaus. Hieran zeigt sich, dass die konjunkturelle Abschwächung im Winterhalbjahr 1998/99 von den Unternehmen überwiegend als ein kurzfristiges Phänomen eingestuft worden ist, das keine gravierenden Anpassungen beim Personalbestand erfordert. Seit Oktober 1999 nimmt die Erwerbstätigkeit wieder zu, was ausschließlich auf eine sich beschleunigende Beschäftigungsausweitung in den alten Bundesländern zurückzuführen ist. Demgegenüber dürfte in Ostdeutschland der Personalbestand im Winter weiter abgenommen haben. Hierfür sind sowohl die Fortdauer der strukturellen Probleme besonders in der Bauwirtschaft und im öffentlichen Sektor sowie die kaum verbesserten Konjunkturperspektiven in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt<sup>14</sup> verantwortlich. Zudem sind die „Beschäftigung schaffenden Maßnahmen“ (BSM) bis zuletzt weiter zurückgeführt worden. Im Februar lagen sie um über einem Drittel unter ihrem Vorjahresniveau.

<sup>14</sup> Beim ifo-Geschäftsklima-Index für die gewerbliche Wirtschaft deutet sich für Ostdeutschland bis in die jüngste Zeit noch kein nachhaltiger Stimmungsumschwung an. Eine Ausnahme bildet das verarbeitende Gewerbe, in dem der Personalbestand 1999 weiter erhöht worden ist – wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Das Gewicht dieses Sektors für die Gesamtbeschäftigung der neuen Bundesländer ist jedoch noch immer viel zu gering, um diese maßgeblich zu beeinflussen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit, die im Sommerhalbjahr 1999 leicht gestiegen war, sinkt seit dem Spätherbst wieder – und zwar sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern ist dies ausschließlich durch die sich beschleunigende Abnahme des Arbeitsangebots zu erklären. Hoffnungsvoll stimmt dabei, dass diese Abnahme nicht nur rein demographisch, sondern wesentlich durch die wachsende Bildungsbeteiligung (Besuch von Gymnasien, Fachhochschulen und Universitäten) bedingt ist. Hierdurch wird der ostdeutsche Arbeitsmarkt auf mittlere Sicht wichtige positive Impulse durch den Abbau von Qualifikationsdefiziten erhalten.

Bei den Tarifabschlüssen wird ein mittlerer Kurs prognostiziert, der zusammen mit der kräftigen Expansion des Bruttoinlandsprodukts bewirkt, dass die Lohnkosten je Produkteinheit 2000 und 2001 zurückgehen. Daher erwarten wir, dass die Erwerbstätigkeit während des gesamten Prognosezeitraums weiter zunimmt.

Die Stärke der Personalaufstockungen dürfte dabei allerdings nicht an die des Jahres 1998 herankommen: In Westdeutschland waren zu Beginn der Beschäftigungsexpansion 1998 die Belegschaften nach einer mehrjährigen Phase der Reduzierung extrem stark ausgedünnt. Eine rasche und kräftige Ausweitung des Personalbestands war deswegen im Aufschwung 1997/98 unvermeidlich. In Ostdeutschland wurden die BSM im Verlauf von 1998 in außerordentlich großem Umfang aufgestockt.<sup>15</sup> Gegenwärtig stellt sich die Situation anders dar: Die Delle im Winterhalbjahr 1998/99 hat in Westdeutschland nur zu einem moderaten Beschäftigungsabbau geführt, und eine Verstärkung des Einsatzes von BSM in Ostdeutschland ist nicht in Sicht. Insofern rechnen wir für den Verlauf dieses Jahres mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit um 275 000 Personen (2001: 225 000 Personen) im Vergleich zu knapp 300 000 Personen im Verlauf von 1998. Die Beschäftigungsausweitung in diesem und im kommenden Jahr wird sich erneut auf Westdeutschland beschränken.

Die gesamte Arbeitslosigkeit wird sich im Zeitraum 1999 bis 2001 um 950 000 Personen vermindern, da dem steigenden Personalbedarf ein beschleunigt sinkendes Angebot an Arbeitskräften<sup>16</sup> gegenübersteht (Tabelle 4). Der weitaus größte Teil dieser Verringerung schlägt sich in einer Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit nieder (gut 800 000 Personen); erfahrungsgemäß nimmt in konjunkturellen Aufschwungphasen das Gewicht der stillen Reserve innerhalb der gesamten Arbeitslosigkeit zu. Zudem rechnen wir, im Unterschied zur Prognose vom Dezember 1999, nicht damit, dass das Arbeitsverbot für nach dem 15. Mai

<sup>15</sup> Hierbei kam es allerdings zu massiven Verdrängungseffekten am ersten Arbeitsmarkt (Boss et al. 1998: 391), so dass die Gesamtbeschäftigung nur wenig expandierte. Ohne den verstärkten Einsatz dieses Faktors wäre die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern 1998 deutlich gesunken.

<sup>16</sup> Die Aktualisierung der Schätzung des Arbeitsangebots wurde dazu genutzt, dieses auf alle Arbeitskräfte (einschließlich der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen) umzustellen. Dies geschah aus zwei Gründen: Zum einen haben sich die früher verhältnismäßig geringen Wechselwirkungen zwischen selbständigen Tätigkeiten und registrierter Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren deutlich vergrößert, wobei vor allem Neugründungen bzw. Geschäftsaufgaben bei jungen Kleinunternehmen im Dienstleistungssektor eine Rolle spielten. Zum anderen ist nunmehr ein direkter Vergleich mit den Potentialrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit möglich.

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz<sup>a</sup> für Deutschland 1997–2001<sup>b</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	31 949	32 001	32 100	32 246	32 520
Nachrichtlich:					
Kurzarbeiter	183	115	119	90	82
BSM in Ostdeutschland <sup>c</sup>	235	315	349	269	271
Pendlersaldo	62	64	65	67	71
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	31 887	31 937	32 035	32 179	32 449
Selbständige <sup>d</sup>	3 917	3 993	4 012	4 053	4 132
Erwerbstätige insgesamt (Inland) (A)	35 866	35 994	36 112	36 299	36 653
Geschätztes Potential an Arbeitskräften insgesamt (Inland) (B)	41 593	41 518	41 340	41 133	40 932
Gesamte Arbeitslosigkeit <sup>e</sup>	5 727	5 524	5 228	4 834	4 179
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 393	4 379	4 100	3 754	3 296
Stille Reserve <sup>f</sup>	1 334	1 245	1 128	1 080	983
Stille Reserve in Prozent der gesamten Arbeitslosigkeit	23,3	22,5	21,6	22,3	23,0
Arbeitslosenquote <sup>g</sup>	10,9	10,6	10,2	9,4	8,3

<sup>a</sup> Angepasst an die Revision der Beschäftigtenzahlen durch das Statistische Bundesamt im Rahmen der Umstellung auf das ESVG 1995, die eine Neuberechnung des Angebots an Arbeitskräften erforderlich macht. – <sup>b</sup> 1000 Personen. – <sup>c</sup> BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM). – <sup>d</sup> Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – <sup>e</sup> (B) – (A). – <sup>f</sup> Im engeren Sinne, d.h. vor allem ohne Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Fortbildung und Umschulung, Sprachkursen oder Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben. Nicht zum Potential und damit nicht zur stillen Reserve werden auch die Bezieher von Altersübergangsgeld (Ost) und Renten wegen Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter (60–64 Jahre) sowie die Empfänger von Arbeitslosengeld wegen vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben gemäß § 428 SGB III gezählt. – <sup>g</sup> Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.), Statistisches Bundesamt (1995; 1997; 1998b; 1999a; 1999b; lfd. Jgg.), eigene Schätzungen und Prognosen.

1997 eingereiste Asylbewerber in absehbarer Zeit aufgehoben wird.<sup>17</sup> Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich unter diesen Umständen von 4,1 Millionen Personen im Jahr 1999 auf knapp 3,3 Millionen Personen im Jahr 2001 vermindern, wovon etwa die Hälfte dem „demographischen Faktor“<sup>18</sup> (verringertes Kräfteangebot) sowie dem „Stille-Reserve-Effekt“ zuzuschreiben ist. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2001 mit 8,3 Prozent ihr niedrigstes Niveau seit dem Winterhalbjahr 1992/93 erreichen.

<sup>17</sup> Dies hätte ceteris paribus eine nicht unerhebliche Umschichtung von der stillen Reserve zur registrierten Arbeitslosigkeit bewirkt (Boss et al. 1999b: 435).

<sup>18</sup> Einschließlich der wachsenden Bildungsbeteiligung sowie der Frühverrentung (Rentner im Alter von 60 bis 64 Jahren).

## Fortdauernde Divergenz zwischen Ost- und Westdeutschland

Ähnlich wie in den Jahren 1997 und 1998 verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland 1999 gegenüber Westdeutschland eine geringere Zuwachsrate, die wir für das gesamte Jahr auf 1,3 Prozent beziffern.<sup>19</sup> Lichtblick der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland ist nach wie vor die verarbeitende Industrie, die von der anhaltend guten Auftragslage vor allem aus dem Ausland profitiert. Im vergangenen Jahr betrug die Zuwachsrate der industriellen Produktion 4,3 Prozent; im Jahr 2000 wird sich diese positive Tendenz noch verstärken. Darauf deuten die Ergebnisse der Industrieumfrage des IWH hin, wonach die Geschäftsaussichten der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe derzeit deutlich aufwärts gerichtet sind.<sup>20</sup> Die Beschleunigung des Produktionsanstiegs liegt nicht zuletzt daran, dass sich aufgrund der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen und ihrer zunehmenden Präsenz auf internationalen Märkten die kräftige Konjunktur im Ausland deutlicher auf die Produktion im industriellen Sektor auswirken wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dies betrifft insbesondere Produzenten von Investitions- und von Vorleistungsgütern. Parallel zur Entwicklung in Westdeutschland wird sich diese Dynamik im Jahr 2001 leicht abschwächen; die Zuwachsrate wird jedoch nochmals etwas höher liegen als 1999.

Neben dem verarbeitenden Gewerbe wird sich der private Dienstleistungsbereich in Ostdeutschland recht dynamisch entwickeln. Vor allem den unternehmensnahen Dienstleistern wird die gute Industriekonjunktur Aufwind geben. Die Zuwachsraten im gesamten privaten Dienstleistungssektor einschließlich Handel und Verkehr werden jedoch mit reichlich 3 Prozent im laufenden und im kommenden Jahr deutlich geringer ausfallen als in der Industrie. Der öffentliche Sektor wird weiter leicht schrumpfen.

Im ostdeutschen Baugewerbe werden sich in den kommenden Jahren die Perspektiven kaum aufhellen. Bis einschließlich 2001 wird die Produktion in diesem Sektor spürbar zurückgefahren (um etwa 3 Prozent). Betroffen dabei ist insbesondere das Bauhauptgewerbe, weniger das Ausbaugewerbe. Ein Ende des Kapazitätsabbaus ist nicht in Sicht.

Insgesamt wird sich der Strukturanpassungsprozess in Ostdeutschland in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Entwicklung in der Bauwirtschaft wird die gesamtwirtschaftliche Produktion allerdings nicht mehr so stark bremsen, da das Gewicht dieses Sektors allmählich abnimmt. Dennoch stehen die Zeichen für eine Wiederbelebung des Aufholprozesses derzeit nicht gut. Nimmt man als Indikator die Entwicklung der Investitionen in Ostdeutschland im Vergleich zu denen im Westen, so stellt man fest, dass die Investitionsquoten pro Erwerbsfähigen im

<sup>19</sup> Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ weist eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr aus. Diese Zahl basiert allerdings im Wesentlichen auf Daten für den Zeitraum bis Oktober 1999. Vermutlich ist nicht berücksichtigt, dass sich die Produktionsausweitung im vierten Quartal 1999 beschleunigt hat.

<sup>20</sup> Auch die Umsatzerwartungen der Unternehmen sind gemäß der IWH-Umfrage optimistisch: Knapp 70 Prozent rechnen für das Jahr 2000 mit steigenden Umsätzen. Ebenfalls positiv fällt das Beschäftigungsklima aus; es wird ein Beschäftigungszuwachs von knapp 1 Prozent im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands erwartet (Laschke und Ludwig 2000).

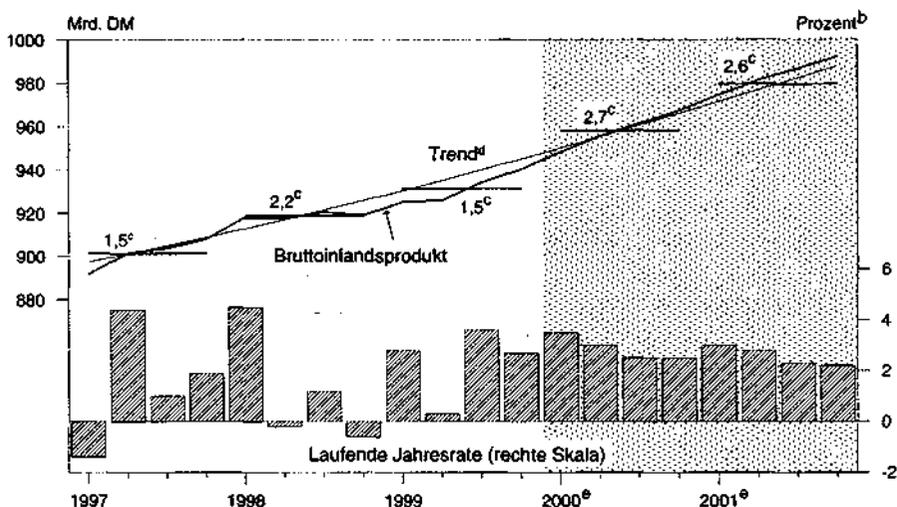
Osten zwar noch höher sind als im Westen; sie sind aber deutlich rückläufig. Bei den Ausrüstungen, also denjenigen Investitionen, die für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen eine besonders wichtige Rolle spielen, fiel die Quote im Jahr 1998 zum ersten Mal seit 1993 unter ihren westdeutschen Vergleichswert (90 Prozent; für die Industrie ergab sich im selben Jahr ein Verhältnis der Ausrüstungsinvestitionen Ost zu West von sogar nur 67 Prozent) (Müller 1999). Eine Neubelebung des Investitionsgeschehens ist nicht in Sicht, zumal die Kapitalproduktivität eher abnimmt und derzeit etwa um ein Drittel unter dem westdeutschen Niveau liegt (Boss et al. 1999a).

Insgesamt erwarten wir, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland mit Raten von 2,4 Prozent im Jahr 2000 und 2,2 Prozent im Jahr 2001 wiederum schwächer expandieren wird als im Westen. Dies bedeutet – unter Berücksichtigung des niedrigeren Niveaus, von dem aus die ostdeutsche Wirtschaft wächst – eine gravierende Zunahme der Einkommensunterschiede zwischen beiden Regionen.

### **Ausblick: Aufschwung verliert geringfügig an Fahrt**

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Jahr 2000 stark expandieren. Kräftige Impulse wird der Aufschwung zunächst weiter von der Auslandsnachfrage erhalten, deren Zunahme sich in der ersten Jahreshälfte nochmals beschleunigt. Nach der Jahresmitte wird sich der Exportanstieg infolge des moderateren weltwirtschaftlichen Expansionstempos leicht abschwächen. Vor dem Hintergrund der mittlerweile sehr positiven Geschäftserwartungen ist darüber hinaus für den gesamten Verlauf des Jahres von einer rascheren Ausweitung der Anlageinvestitionen auszugehen. Dabei wird die Nachfrage nach Ausrüstungen an Tempo gewinnen, sondern auch die Bauinvestitionen werden erstmals wieder leicht zunehmen. Die Expansion der Investitionen wird durch die geldpolitische Straffung voraussichtlich nur wenig gebremst, auch weil infolge der für das Jahr 2001 geplanten Verschärfung der Abschreibungsmodalitäten Investitionen ins laufende Jahr vorgezogen werden dürften. Wir erwarten, dass die Produktionszuwächse im weiteren Verlauf des Jahres nur geringfügig kleiner ausfallen (Schaubild 2). Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,7 Prozent über seinem Niveau im Jahr 1999 liegen (Tabelle 5).

Zu Beginn des Jahres 2001 werden sowohl eine Senkung der Einkommensteuer als auch eine Neuregelung der Unternehmensbesteuerung in Kraft treten. Abgesehen davon, dass diese Reformen voraussichtlich die Ressourcenallokation verbessern und damit den mittelfristigen Wachstumstrend der deutschen Wirtschaft erhöhen werden, dürften sie die Konjunktur im Jahr 2001 merklich anregen. In der Folge wird sich die Zunahme der privaten Konsumausgaben kräftig beschleunigen, denn durch die Steuerentlastungen werden sich die verfügbaren Einkommen spürbar schneller erhöhen. Die Investitionen dürften allerdings aufgrund der Folgen der steuerlichen Neuregelungen in leicht verringertem Tempo expandieren. Ferner wird sich die Exportdynamik mit dem Abklingen der Wechselkurseffekte weiter verringern. Insgesamt rechnen wir für das Jahr 2001 mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,6 Prozent.

Schaubild 2: Reales Bruttoinlandsprodukt<sup>a</sup> in Deutschland

<sup>a</sup>Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>c</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – <sup>d</sup>Berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. – <sup>e</sup>Ab 2000 I Prognose.

Tabelle 5: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998–2001

	1998	1999	2000 <sup>a</sup>	2001 <sup>a</sup>
Bruttoinlandsprodukt <sup>b</sup>	2,2	1,5	2,7	2,6
Westdeutschland	– <sup>f</sup>	1,5	2,7	2,6
Ostdeutschland	– <sup>f</sup>	1,2	2,4	2,1
Erwerbstätige <sup>c</sup>	35 994	36 112	36 299	36 653
Beschäftigte Arbeitnehmer <sup>c</sup>	32 001	32 100	32 246	32 520
Arbeitslose (1000)	4 279	4 100	3 754	3 296
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	10,6	10,2	9,4	8,3
Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	-1,7	-1,1	-1,0	-1,6
Öffentliche Schulden <sup>e</sup> in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	60,7	60,9	60,4	59,8
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-6,5	-32,7	-20,0	-25,0
Verbraucherpreise <sup>f</sup>	1,0	0,6	1,4	1,4

<sup>a</sup> Prognose. – <sup>b</sup> In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – <sup>c</sup> Im Inland, in 1000. – <sup>d</sup> Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus erwerbstätigen Inländern und registrierten Arbeitslosen. – <sup>e</sup> Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – <sup>f</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – <sup>g</sup> Nach Bundesländern getrennt werden auf der Basis des ESVG 1995 derzeit noch keine Zuwachsraten für 1998 ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2000), Arbeitsunterlage des Arbeitskreis VGR der Länder; eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Inflationsrate wird in den kommenden Monaten deutlich niedriger ausfallen als zuletzt, da die Einfuhrpreise ab Frühjahr 2000 nicht mehr so stark steigen werden wie bisher. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich der Preisauftrieb konjunkturell bedingt etwas verstärken; doch die Kapazitätsauslastung wird bis weit ins Jahr 2001 zunehmen. Auch wenn von den zu erwartenden Lohnabschlüssen kein Kostenschub ausgehen wird, dürften die Verbraucherpreise infolge der größeren Überwälzungsspielräume der Unternehmen und nach dem „Durchsickern“ der höheren Vorleistungspreise auf die Endverbraucherstufe mit zunehmendem Tempo steigen. Gegen Ende des Prognosezeitraums wird die Teuerungsrate voraussichtlich nur noch wenig unter der 2-Prozent-Marke liegen.

### **Folgen einer Rezession in den Vereinigten Staaten für die deutsche Konjunktur**

Wie für die Weltwirtschaft, so liegt derzeit auch für die deutsche Konjunktur ein wesentliches Risiko in der Entwicklung in den Vereinigten Staaten. So würde ein starker und nachhaltiger Rückgang am amerikanischen Aktienmarkt – etwa weil sich die Inflation stärker beschleunigt als erwartet und die US-Notenbank darauf mit einer drastischen Straffung des geldpolitischen Kurses reagiert – zu einer deutlichen Abnahme des privaten Verbrauchs und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen. Eine Rezession wäre die Folge (vgl. Gern et al. 2000). Angesichts der relativ hohen Bedeutung des amerikanischen Absatzmarktes sowohl für die Exporte Deutschlands als auch für die seiner wichtigsten Handelspartner dürfte dies die deutsche Konjunktur beeinträchtigen. Die Größenordnung der zu erwartenden Effekte soll im Rahmen des folgenden Szenarios abgeschätzt werden.

Wir nehmen an, dass infolge der Aktienmarktkorrektur das reale Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten im Jahr 2001 nicht wie von uns prognostiziert um 2,5 Prozent zunimmt, sondern stagniert. Im Einzelnen unterstellen wir, dass die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate der Industrieproduktion für 2001 sich gegenüber dem Basisszenario um 4 Prozentpunkte auf –2 Prozent vermindert und dass sie ab 2002 wieder mit der im Basisszenario angegebenen übereinstimmt. Ferner ist unterstellt, dass der US-Dollar im vierten Quartal 2000 um 10 Prozent gegenüber dem Euro und dem japanischen Yen abwertet.

Die voraussichtlichen Wirkungen auf die deutsche Konjunktur werden in drei Schritten ermittelt (Kasten 2). Im ersten Schritt wird der zu erwartende Rückgang der aggregierten US-Importnachfrage anhand einer Schätzgleichung quantifiziert. Die amerikanischen Einfuhren gehen in diesem Krisenszenario im Verlauf von 2001 deutlich zurück (Schaubild 3 (a)). Im Jahresdurchschnitt nehmen sie um 4 Prozent ab, anstatt wie prognostiziert um 4,5 Prozent zu steigen; die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate liegt somit um 8,5 Prozentpunkte unter der des Basisszenarios (Tabelle 6); im Jahr 2002 wird die Erholung der US-Importe durch die Nachwirkungen der Produktionsrückgänge im Vorjahr gedämpft.

Von dem Ausfall der amerikanischen Nachfrage und dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des US-Dollar wird die Konjunktur in allen wichtigen Industrieländern berührt, und dies hätte wiederum Rückwirkungen auf die deutschen Ausfuhren in diese Länder. Um diese Effekte zu erfassen,

## Kasten 2: Zu den Auswirkungen einer Rezession in den Vereinigten Staaten auf den deutschen Export

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass sich die jahresdurchschnittliche Änderungsrate der US-Industrieproduktion für 2001 gegenüber dem Basisszenario um 4 Prozentpunkte auf –2 Prozent vermindert, wobei sich die Kriseneffekte zeitlich gleichmäßig über das Jahr verteilen, d.h., die Industrieproduktion nimmt in jedem Quartal des Jahres 2001 um 1,6 Prozentpunkte weniger zu als im Basisszenario und ab 2002 wieder mit ihrer Basisszenario-Rate. Wir nehmen ferner an, dass sich der US-Dollar bereits im vierten Quartal 2000 um 10 Prozent gegenüber dem Euro und dem japanischen Yen abwertet. Die voraussichtlichen Wirkungen auf die deutsche Konjunktur werden in drei Schritten ermittelt.

### 1. Rückgang der aggregierten US-Importnachfrage

Analog zum Vorgehen in Gern et al. (1998: 354) werden mit einem Fehlerkorrekturmodell auf der Basis saisonbereinigter, logarithmierter Quartalsdaten von 1975 I bis 1999 IV die kurz- und die langfristigen Einflüsse der US-Industrieproduktion ( $I$ ) (Federal Reserve Board 2000: 32 ff.) und des realen Außenwerts des Dollar ( $e$ ) auf Basis der Einheitswerte der Warenausfuhr in den Industrieländern (IWF 2000b: 55) auf die reale Wareneinfuhr der Vereinigten Staaten ( $M$ ) ermittelt. Der deterministische Trend ( $t$ ) repräsentiert die im Zeitablauf zunehmende internationale Arbeitsteilung. Die Reduzierung des Ausgangsmodells (fünf verzögerte erste Differenzen aller Variablen) um insignifikante Koeffizienten ergibt für die Quartalsänderungsrate der Wareneinfuhr ( $t$ -Statistiken in Klammern):

$$\Delta M_t = -0,68 - 0,17 \left[ M_{t-1} - 1,30 I_{t-1} - 0,37 e_{t-1} - 0,0096 t \right] - 0,12 \Delta M_{t-1} + 0,22 \Delta M_{t-4} - 0,05 \Delta M_{t-5} \\ (-4,08) \quad (-4,93) \quad (-2,56) \quad (-5,10) \quad (-1,66) \quad (3,19) \quad (-1,02)$$

$$+ 1,44 \Delta I_t + 0,72 \Delta I_{t-1} + 0,19 \Delta I_{t-4} + 0,14 \Delta e_{t-4} + 0,086 d 781 + 0,059 d 823 - 0,055 d 851 + 0,055 d 86 + \hat{\mu}_t \\ (9,23) \quad (4,17) \quad (1,10) \quad (2,07) \quad (5,30) \quad (3,48) \quad (-3,27) \quad (4,53)$$

( $\bar{R}^2 = 0,73$ ;  $STDABW = 0,0156$ ;  $F = 17,42$ ;  $DW = 1,79$ ;  $JB[0,93]$ ;  $LM(1)[0,23]$ ;  $LM(4)[0,47]$ ;  $Wh[0,20]$ ; die Dummy-Variablen sind 0 außer in den Quartalen 1978 I ( $d781$ ), 1982 III ( $d823$ ), 1985 I ( $d851$ ) bzw. 1986 II und III ( $d86$ ), in denen sie den Wert 1 annehmen. Irrtumswahrscheinlichkeiten in Klammern.)

Zwischen den Niveaus der verwendeten Zeitreihen besteht eine Kointegrationsbeziehung. Entsprechend den langfristigen Elastizitäten (in eckigen Klammern) wird das Niveau der Importe durch jeden Einzelnen der vier 1,6-prozentigen Unterschreitungen des Basisszenarios bei der amerikanischen Industrieproduktion um 2,1 Prozent und durch die 10-prozentige Abwertung des Dollar um 3,7 Prozent verringert. Trotz des geschätzten trendmäßigen Anstiegs der Importe um jährlich 3,9 Prozent würden die Importe erstmals seit 1991 zurückgehen (Schaubild 3 (a)) (im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 um 4 bzw. 3 Prozent). Im Basisszenario steigen sie dagegen um 4,5 bzw. 4,7 Prozent.

### 2. Wirkung auf die Industrieproduktion im Ausland

In diesem Schritt wird ermittelt, wie der Rückgang der US-Importe auf die Industrieproduktion in den 18 wichtigsten OECD-Ländern wirkt. Dabei wird in zwei Stufen vorgegangen: In der ersten Stufe wird für jedes Land (sowie Deutschland selbst) über seinen Anteil am Gesamtimport der Vereinigten Staaten (Tabelle, Zeile 1) auf die absolute Veränderung der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten geschlossen. Dieser wird zum gesamten Export des jeweiligen Landes im Jahr 1998 in Relation gesetzt,<sup>a</sup> und diese Veränderungsrate wird mit dem landesspezifischen Anteil der Warenausfuhr an der Industrieproduktion (Tabelle, Zeile 3) multipliziert, um die prozentuale Änderung der Industrieproduktion in diesem Land zu erhalten. Dieser Wert wird schließlich mit 1,5 multipliziert, um die Multiplikatoreffekte des Exportausfalls zu erfassen.<sup>b</sup> Innerhalb Europas wäre dieser Primäreffekt im Vereinigten Königreich, in Irland und in der Schweiz besonders stark ausgeprägt.

In der zweiten Stufe werden für jedes Land die Sekundäreffekte der US-Rezession geschätzt, indem wiederum auf Basis von Daten zur Handelsverflechtung berechnet wird, wie der – durch den primären Produktionsausfall bedingte – Rückgang der Importe z. B. Österreichs auf dessen Handelspartner zurückwirkt.<sup>c</sup> Der beschriebene Importrückgang<sup>d</sup> wird für jedes Land errechnet und über seine regionale Einfuhrstruktur auf die Handelspartner verteilt. Es wird dann ange-

## Kasten 2: Fortsetzung

nommen, dass deren Produktion (absolut) um das 1,5-fache ihres Exportausfalls sinkt (Multiplikator). Die über die 18 Länder gebildete Summe aus diesen Produktionsrückgängen stellt die erste Runde des Sekundäreffekts dar. Sie erreicht eine Stärke von einem Drittel in Relation zum „weltweiten Primäreffekt“ (d.h. zum 1,5-fachen des US-Importrückgangs). In der zweiten und in allen weiteren Runden des Sekundäreffekts wirkt die Schwächung etwa der französischen Konjunktur infolge des österreichischen Importausfalls auf Österreich und die anderen Länder zurück usw. Die Summe der Effekte aller Runden des weltweiten Sekundäreffekts konvergiert gegen einen Wert von 0,5 in Relation zum Primäreffekt (geometrische Reihe). Die Gesamtwirkung auf die Produktion außerhalb der Vereinigten Staaten beläuft sich also in jedem der 18 Länder auf das 1,5-Fache des primären Produktionsrückgangs.<sup>6</sup>

Die Gesamteffekte in allen Ländern (einschließlich der auslösenden Kontraktion in den Vereinigten Staaten) werden im „Index der Industrieproduktion im Ausland“ – einem mit den Anteilen dieser Länder am deutschen Export (Tabelle, Zeile 4) gewogenen Mittel ihrer Industrieproduktion – zusammengefasst. Der jahresdurchschnittliche Anstieg dieses Index bleibt in dem Krisenszenario 2001 (2002) um 1,4 (1,1) Prozentpunkte hinter seinem Anstieg im Basisszenario zurück.

## 3. Wirkung auf die deutschen Exporte

Im dritten Schritt wird mit Hilfe der Schätzgleichung für die deutschen Exporte (Kasten 1) berechnet, wie stark die Anstiegsrate der deutschen Ausfuhr aufgrund der geringeren Industrieproduktion im Ausland und der realen Abwertung des US-Dollar zurückgeht. Die Dynamik der geschätzten Ergebnisse zeigt Schaubild 3 (b). Im Jahresdurchschnitt würde die deutsche Ausfuhr 2001 nicht wie prognostiziert um 6,8 Prozent zunehmen, sondern nur um 3,7 Prozent; die Differenz betrüge also -3,1 Prozentpunkte. Im Jahr 2002 würden die Exportzuwächse immerhin noch um 1,9 Prozentpunkte hinter dem Basisszenario zurückbleiben.

Tabelle: Handelsverflechtung ausgewählter Länder mit den Vereinigten Staaten und mit Deutschland 1998, in Prozent

A	B	CAN	CH	D	DK	E	SF	F	UK	GR	IRL	I	J	NL	N	P	S
<i>Anteil der Exporte aus ... am gesamten Import der Vereinigten Staaten</i>																	
0,3	1,0	18,8	0,9	5,4	0,3	0,5	0,3	2,6	3,8	0,1	0,9	2,3	13,2	0,8	0,3	0,1	0,9
<i>Anteil der Exporte in die Vereinigten Staaten an gesamten Export von ...</i>																	
4,3	5,1	82,9	11,2	9,4	5,2	4,7	6,4	8,2	13,0	4,8	13,2	9,0	32,2	4,8	7,5	5,5	9,8
<i>Anteil der Warenausfuhr an der gesamten Industrieproduktion in ...</i>																	
60,3	69,9	61,1	57,5	33,7	64,0	45,5	48,3	47,3	49,8	65,6	59,4	41,9	15,0	66,0	66,0	49,0	59,3
<i>Anteile der Exporte nach ... am gesamten deutschen Export</i>																	
5,2	5,5	0,7	4,3	-	1,7	4,0	1,0	10,9	8,5	0,7	0,5	7,3	1,9	6,5	0,9	1,1	2,2

Quelle: OECD (1999), Deutsche Bundesbank (1998), eigene Berechnungen.

<sup>a</sup> Einen Eindruck von der Stärke der Exporteinbuße vermittelt der Anteil der Vereinigten Staaten am Export jedes Landes (Tabelle, Zeile 2). – <sup>b</sup> Dieser Faktor entspricht den Ergebnissen empirischer Untersuchungen (Frankel 1988). – <sup>c</sup> Für die Elastizität der Importnachfrage in Bezug auf die inländische Industrieproduktion wird der gleiche Wert 1,3 wie für die Vereinigten Staaten unterstellt. – <sup>d</sup> Der primäre Rückgang der deutschen Importe wird an dieser Stelle mit in die Berechnung einbezogen, um die Rückwirkungen auf die Handelspartner zu erfassen. – <sup>e</sup> Typischerweise hängt bei der geometrischen Reihe der Konvergenzwert (hier: 0,5) entscheidend vom Startwert (hier: 0,33) ab. Dieser könnte in unserer Rechnung aus zwei Gründen zu niedrig angesetzt sein: Erstens werden die negativen Rückwirkungen der weltweiten konjunkturellen Abschwächung auf die amerikanischen Exporte in den Berechnungen des Sekundäreffekts ausgeblendet; zweitens sind die – im Sekundäreffekt potentiell stark betroffenen – kleinen offenen Volkswirtschaften Südasiens nicht Teil der hier zugrunde liegenden Ländermatrix.

Schaubild 3: Auswirkungen der Rezession in den Vereinigten Staaten auf die US-Importe und die deutschen Exporte

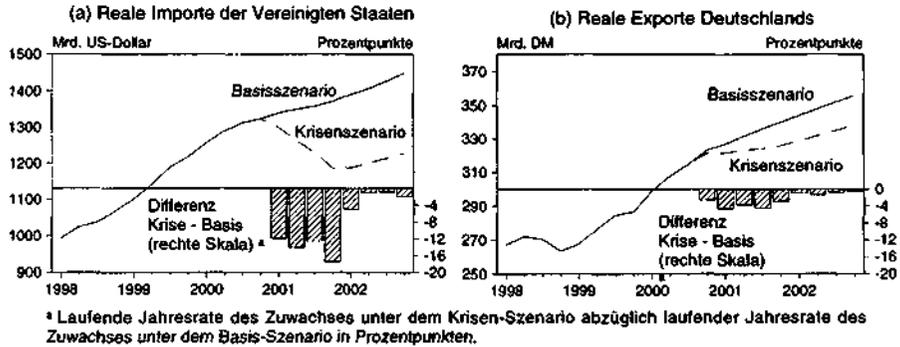


Tabelle 6: Annahmen und Ergebnisse der Simulationsrechnung: Abweichungen der jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten vom Basiszenario in Prozentpunkten

	Vereinigte Staaten			„Welt“ <sup>a</sup> Industrie- produktion	Deutschland Exporte
	Industrie- produktion	Importe	\$/Euro		
2000	0,0	0,0	2,3	0,0	-0,2
2001	-4,0	-8,5	7,3	-1,4	-3,1
2002	-2,4	-7,7	0,0	-1,1	-1,9

<sup>a</sup> Industrieproduktion bei den 18 wichtigsten Handelspartnerländern Deutschlands.

Quelle: Eigene Berechnungen.

wird im zweiten Schritt der Analyse anhand von Daten über die internationalen Handelsverflechtungen die Wirkung der Abnahme der US-Importe auf die Industrieproduktion in anderen wichtigen Industrieländern ermittelt. Dabei wird zum einen der negative Primäreffekt durch den Ausfall der US-Nachfrage berücksichtigt, zum anderen aber auch Sekundäreffekte, die sich dadurch ergeben, dass die Industrieländer infolge eines durch den Primäreffekt ausgelösten Konjunkturabschwungs ihren Außenhandel untereinander einschränken. Der negative Primäreffekt wird dadurch verstärkt.

Unseren Schätzungen zufolge wird der Sekundäreffekt, der sich nach Durchlaufen aller Anpassungsrunden ergibt, etwa die Hälfte des Primäreffekts ausmachen. Beide Effekte zusammen führen dazu, dass der Index der Industrieproduktion im Ausland im Jahr 2001 bzw. 2002 um 1,4 bzw. 1,1 Prozentpunkte weniger zunimmt als im Basiszenario. Im Jahresverlauf ergäbe sich für 2001 ein Swing gegenüber

dem Basisszenario um  $-2,3$  Prozentpunkte. Die Wirkung auf den Index der Industrieproduktion im Ausland ist damit etwa so stark wie die der jüngsten Krisen in Südostasien und in Russland.<sup>21</sup> Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Auswirkungen dieser Krisen auf die Industrieländer durch die weltweite geldpolitische Lockerung sowie durch den Zufluss von Kapital im Zuge des Save-Haven-Effekts gedämpft wurden. Derartige Effekte sind in unserer Rechnung nicht erfasst. Überdies ist unser Szenario hinsichtlich der zeitlichen Verteilung der Effekte in Ermangelung genauer Informationen über die Dauer der Anpassungseffekte in den einzelnen Ländern nur bedingt aussagefähig. Es ist wahrscheinlich, dass die Anpassung mehr Zeit in Anspruch nimmt als hier unterstellt.<sup>22</sup> An der gesamten Stärke des Rückgangs der Industrieproduktion würde dies jedoch nichts ändern. Die Wirkungen in den einzelnen Quartalen würden dafür schwächer ausfallen.

Im dritten Schritt wird mit Hilfe der Schätzgleichung für die Nachfrage nach deutschen Exporten (Kasten 1) berechnet, wie stark diese aufgrund der geringeren Industrieproduktion im Ausland und der realen Abwertung des US-Dollar zurückgeht. Die Ergebnisse dieses Schritts sind in Schaubild 3 (b) dargestellt. Die laufende Jahresrate der Exportzuwächse bleibt um bis zu  $4,4$  Prozentpunkte hinter ihren Werten im Basisszenario zurück. Für den Jahresdurchschnitt 2001 bzw. 2002 ergibt sich eine um  $-3,1$  Prozentpunkte bzw.  $-1,9$  Prozentpunkte niedrigere Expansionsrate.

Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts vermindert sich dadurch im Jahr 2000 direkt um einen Prozentpunkt, da die Ausfuhren knapp ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausmachen. Zieht man allerdings die negativen Anstoßwirkungen für die Binnennachfrage mit in Betracht, ist – bei Ausbleiben expansiver Maßnahmen durch die Wirtschaftspolitik – eher mit einem Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt in der Größenordnung von  $-1,4$  Prozentpunkten zu rechnen; der Wert für 2002 läge bei  $-0,9$  Prozentpunkten. Mit anderen Worten, das deutsche Bruttoinlandsprodukt würde infolge der Rezession in den Vereinigten Staaten 2001 nicht wie prognostiziert um  $2,6$  Prozent zunehmen, sondern nur um  $1,2$  Prozent. Zu einer ausgeprägten Rezession würde es nicht kommen, die Wirkungen auf die deutsche Konjunktur wären jedoch fühlbar.

Freilich ist zu berücksichtigen, dass es annahmegemäß weder in Deutschland noch in den übrigen Ländern zu stabilisierenden Maßnahmen durch die Wirtschaftspolitik, insbesondere durch die Geldpolitik, kommt. Die berechneten Effekte dürften von daher am oberen Rand der tatsächlich zu erwartenden Wirkungen liegen.<sup>23</sup> Eine rasche und deutliche Senkung der Zinsen durch die Eu-

---

<sup>21</sup> Vom zweiten Quartal 1998 auf das zweite Quartal 1999, also in dem Zeitraum, in dem die Wirkungen der Krisen am ausgeprägtesten waren, nahm der Index der Industrieproduktion im Ausland um  $2,1$  Prozentpunkte weniger zu als in seinem langfristigen Trend.

<sup>22</sup> Im Hinblick auf die Reaktion der US-Importe und die der deutschen Exporte wurde der dynamische Anpassungsprozess berücksichtigt (Schritte 1 und 3 in Kasten 2). Dagegen laufen die primären und sekundären Effekte auf die Produktion außerhalb der Vereinigten Staaten annahmegemäß im Quartal des Schocks ab.

<sup>23</sup> Zu diesem Urteil gelangen wir selbst dann, wenn die ermittelten Sekundärwirkungen aufgrund der Beschränkungen der Berechnungen auf die wichtigsten Handelspartner Deutschlands höher ausfallen als von uns ermittelt.

ropäische Zentralbank und andere wichtige Notenbanken würde zum einen den Rückgang der Industrieproduktion bei Deutschlands Handelspartnern geringer ausfallen lassen und damit den Einbruch der deutschen Exporte dämpfen. Zum anderen würde dadurch auch in Deutschland die Binnennachfrage weniger stark beeinträchtigt. Insgesamt würden die Wirkungen wohl um einiges geringer ausfallen als hier geschätzt.

### **Korrektur des Einkommensteuertarifs: Vermeidung heimlicher Steuererhöhungen, nur geringe Steuerentlastung**

Die Struktur des Einkommensteuertarifs wird sich bis zum Jahr 2005 deutlich verändern (Tabellen 7 und 8). Das steuerfreie Existenzminimum wird kräftig erhöht. Die Grenzsteuersätze und die Durchschnittssteuersätze – für gegebene zu versteuernde Einkommen – werden nennenswert gesenkt.

*Tabelle 7: Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung und zu versteuerndes Einkommen (Grundtabelle), ab dem der Spitzensteuersatz gilt, in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2005 (DM je Jahr)*

Jahr	Grundfreibetrag	Zu versteuerndes Einkommen
1998	12 365	120 042
1999	13 067	120 042
2000	13 499	114 696
2001	14 093	107 568
2002	14 093	107 568
2003	14 525	102 276
2004	14 525	102 276
2005	15 011	98 766

Quelle: BMF (1999: 2000), Deutscher Bundestag (2000).

*Tabelle 8: Ausgewählte Steuersätze in Deutschland 1998 bis 2005 (in Prozent)*

Jahr	Eingangssteuersatz bei der Einkommensbesteuerung	Maximaler Einkommensteuersatz	Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne
1998	25,9	53,0 <sup>a</sup>	45,0
1999	23,9	53,0 <sup>a</sup>	40,0
2000	22,9	51,0 <sup>a</sup>	40,0
2001	19,9	48,5	25,0
2002	19,9	48,5	25,0
2003	17,0	47,0	25,0
2004	17,0	47,0	25,0
2005	15,0	45,0	25,0

<sup>a</sup> Abweichende Regelung für gewerbliche Einkünfte; maximaler Steuersatz 47,45 bzw. 43 Prozent.

Quelle: Wie Tabelle 7.

**Tabelle 9:** Durchschnittliche Steuer- und Sozialabgabenbelastung der Löhne typischer Arbeitnehmergruppen in Deutschland (früheres Bundesgebiet) 1998–2005 – in Prozent des Bruttolohns einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Jahr	Lediger Arbeitnehmer		Verheirateter Arbeitnehmer mit hohem Lohn <sup>b</sup> , mit zwei Kindern und	
	mit niedrigem Lohn <sup>a</sup>	mit hohem Lohn <sup>b</sup>	mit erwerbstätigem Ehegatten mit gleichem Lohn	mit nicht erwerbstätigem Ehegatten
	<i>Lohnsteuer<sup>c</sup></i>			
1998	12,9	17,7	17,6	8,3
1999	12,9	17,9	17,8	8,2
2000	12,5	17,8	17,6	7,8
2001	11,6	16,9	16,7	7,3
2002	12,0	17,3	17,1	7,8
2003	11,8	17,3	17,1	7,6
2004	12,2	17,7	17,5	8,1
2005	11,8	17,3	17,1	7,8
	<i>Sozialbeiträge</i>			
1998	34,8	34,8	34,8	34,8
1999	34,3	34,3	34,3	34,3
2000	34,0	34,0	34,0	34,0
2001–2005	33,8	33,8	33,8	33,8

<sup>a</sup> 1998: 3 270 DM je Monat; danach höher entsprechend der (geschätzten) Veränderungsrate des Durchschnittslohns gemäß den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>b</sup> 1998: 4 900 DM je Monat; danach höher entsprechend der (geschätzten) Veränderungsrate des Durchschnittslohns gemäß den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>c</sup> Einschließlich Solidaritätszuschlag auf die Steuerschuld (5,5 Prozent), ohne Berücksichtigung des Kindergeldes.

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Abzugstabellen und der geplanten Steuertarife (BMF 2000; Deutscher Bundestag 2000), eigene Prognose.

Nach Berechnungen der Bundesregierung wird ein lediger Durchschnittsverdiener „im Zeitraum 1998 bis 2005 um 2 400 DM entlastet, eine Familie mit zwei Kindern sogar um 4 050 DM. Davon entfallen 1 800 DM bzw. 1 900 DM auf die Steuerreform 2000“ (BMF 2000: 3). Diese Ergebnisse beruhen auf einem Vergleich der Belastung bei gegebenem Bruttolohn und bei Gültigkeit der jeweiligen Steuertarife. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Einkommensbezieher bei unveränderten Regeln für die Festsetzung der Abzugsbeträge bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens (mit teilweise fixierten Abzugsbeträgen für Werbungskosten und Sonderausgaben) und bei gegebenem Tarif in die Progression hineinwachsen, der maßgebliche Steuersatz also bei unverändertem

**Tabelle 10:** Marginale Steuer- und Sozialabgabenbelastung der Löhne typischer Arbeitnehmergruppen in Deutschland (früheres Bundesgebiet) 1998–2005 – in Prozent des Bruttolohns einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Jahr	Lediger Arbeitnehmer		Verheirateter Arbeitnehmer mit hohem Lohn <sup>b</sup> , mit zwei Kindern und	
	mit niedrigem Lohn <sup>a</sup>	mit hohem Lohn <sup>b</sup>	mit erwerbstätigem Ehegatten mit gleichem Lohn	mit nicht erwerbstätigem Ehegatten
	<i>Lohnsteuer<sup>c</sup></i>			
1998	26,1	29,2	29,1	23,2
1999	26,6	30,2	30,2	23,5
2000	26,4	31,3	31,2	26,3
2001	25,2	30,5	30,4	24,7
2002	25,5	31,0	30,9	25,1
2003	25,8	31,5	31,4	24,9
2004	26,2	32,0	31,9	25,3
2005	25,6	31,6	31,6	25,2
	<i>Sozialbeiträge</i>			
1998	34,8	34,8	34,8	34,8
1999	34,3	34,3	34,3	34,3
2000	34,0	34,0	34,0	34,0
2001–2005	33,8	33,8	33,8	33,8

<sup>a</sup> 1998: 3 270 DM je Monat; danach höher entsprechend der (geschätzten) Veränderungsrate des Durchschnittslohns gemäß den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>b</sup> 1998: 4 900 DM je Monat; danach höher entsprechend der (geschätzten) Veränderungsrate des Durchschnittslohns gemäß den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – <sup>c</sup> Einschließlich Solidaritätszuschlag auf die Steuerschuld (5,5 Prozent), ohne Berücksichtigung des Kindergeldes.

Quelle: Eigene Berechnungen anhand der Abzugstabellen und der geplanten Steuertarife (BMF 2000; Deutscher Bundestag 2000), eigene Prognose.

Steuerrecht inflations- und wachstumsbedingt steigt.<sup>24</sup> Die relevante Frage ist demnach, wie sich die Belastung eines Beschäftigten im Zeitablauf verändert, wenn dessen Bruttolohn sich wie im Durchschnitt für alle Beschäftigten ändert und das jeweilige Steuerrecht zugrunde gelegt wird.

Unterstellt man für den Zeitraum 1999–2005 einen jahresdurchschnittlichen Lohnanstieg um 3 Prozent und für die Jahre 2001–2005 einen geringfügig geringeren Beitragssatz in der Sozialversicherung als im Jahr 2000 (41 Prozent), so

<sup>24</sup> Zum Ausmaß dieses Effekts, der „kalten Progression“, über einen längeren Zeitraum vgl. Boss und Ente (1988).

ergibt sich für typische Arbeitnehmergruppen,<sup>25</sup> dass die durchschnittliche Belastung durch die Lohnsteuer und den Solidaritätszuschlag<sup>26</sup> von 1998 bis 2005 um einen halben bis einen Prozentpunkt sinkt (Tabelle 9). Berücksichtigt man das Kindergeld als negative Lohnsteuer, so ändert sich an diesem Befund kaum etwas; das Niveau der Belastung ist aber für Arbeitnehmer mit Kindern deutlich niedriger.<sup>27</sup> Die Besteuerung zusätzlichen Arbeitseinkommens wird im Jahr 2005 infolge der vorgesehenen Tarifkorrekturen für einen ledigen Arbeitnehmer mit relativ niedrigem Lohn (zwei Drittel des Facharbeiterlohns) nicht so hoch sein wie im Jahr 1998 (Tabelle 10); für die Bezieher eines Lohnes, der etwa dem Facharbeiterlohn in der Industrie entspricht, nimmt die Grenzbelastung im Zeitraum 1998–2005 jedoch – unabhängig vom Familienstand – zu.<sup>28</sup> Die Belastung der Löhne durch die Sozialversicherungsbeiträge wird im Jahr 2005 vermutlich etwas geringer sein als im Jahr 1998.

Insgesamt werden die Leistungsanreize bis zum Jahr 2005 durch die Änderungen der Grenzsteuersätze nur wenig gestärkt. Die durchschnittliche Belastung der Löhne der Beschäftigten wird aber im Jahr 2005 in aller Regel niedriger sein als im Jahr 1998.

### Zur Reform der Unternehmensbesteuerung

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Steuersätze für Unternehmensgewinne zu senken. Zur Begrenzung der Steuermindereinnahmen sind Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der Gewinnsteuern (wie z. B. verschärfte Abschreibungsregeln) vorgesehen. Das geplante Entlastungsvolumen beläuft sich auf rund 17 Mrd. DM (Tabelle 11).

Die Gewinne der Kapitalgesellschaften sollen ab Jahresbeginn 2001 bei Einbehaltung und bei Ausschüttung durch die Körperschaftsteuer mit 25 Prozent belastet werden. Zusammen mit dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer ergäbe sich unter bestimmten Annahmen (Boss 1999a) und bei Zugrundelegung eines Hebesatzes von 400 Prozent ein Steuersatz von 38,7 Prozent (Boss 1999b). Gewinne, die Kapitalgesellschaften bei der Veräußerung von Anteilen an anderen inländischen Kapitalgesellschaften erzielen, sollen nicht mehr besteuert werden.<sup>29</sup>

<sup>25</sup> Lediger Arbeitnehmer mit Facharbeiterlohn, lediger Arbeitnehmer mit zwei Drittel des Facharbeiterlohns, verheirateter Arbeitnehmer (Alleinverdiener oder Doppelverdiener) mit zwei Kindern; zur Definition im Einzelnen vgl. Boss (1999a).

<sup>26</sup> Zur Methodik vgl. Boss (1999a).

<sup>27</sup> Für einen verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern und nicht erwerbstätigem Ehegatten übersteigt das Kindergeld in einigen Jahren sogar die Lohnsteuerschuld.

<sup>28</sup> Die durchschnittliche und die marginale Lohnsteuerbelastung werden im Jahr 2005 bei der unterstellten Lohnentwicklung wesentlich geringer sein als bei unverändertem Steuerrecht (des Jahres 2000); in diesem Fall wäre beispielsweise die Belastung eines Facharbeiters im Durchschnitt mit 19,8 Prozent um 2,1 Prozentpunkte und an der Grenze mit 33,6 Prozent um 4,4 Prozentpunkte höher als im Jahr 1998. Wäre der Lohn im Jahr 2005 so hoch wie im Jahr 1998, so ergäbe sich für alle Gruppen eine massive Steuerentlastung; diese Sichtweise legt die Bundesregierung ihren Berechnungen zugrunde.

<sup>29</sup> Eine analoge Regelung für Personengesellschaften ist nicht vorgesehen.

*Tabelle 11: Auswirkungen der Reform der Unternehmensbesteuerung auf die Einnahmen der Gebietskörperschaften in Deutschland (Mill. DM)*

	2001	2002	2003	2004
<b>A. Entlastung der Kapitalgesellschaften</b>				
1. Senkung des Körperschaftsteuersatzes	-16 600	-19 315	-19 170	-20 320
2. Sonstige Maßnahmen	-2 165	-8 945	-9 220	-6 315
3. Zusammen	-18 765	-28 260	-28 390	-26 635
<b>B. Entlastung der Personenunternehmen</b>				
1. Anrechnung eines Teils der Gewerbesteuer	-7 015	-8 360	-10 495	-10 045
2. Einführung einer Option zur Besteuerung als Kapitalgesellschaft	-670	-3 885	-7 405	-11 035
3. Zusammen	-7 685	-12 245	-17 900	-21 080
<b>C. Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen</b>				
1. Abschaffung des § 32c EStG	3 610	4 800	6 655	6 765
2. Verschärfung der Abschreibungsregelungen	5 365	11 100	15 670	15 800
3. Abschaffung der Ansparabschreibung und der Sonderabschreibungen nach § 7g EStG	150	630	660	495
4. Sonstiges	160	415	795	990
5. Zusammen	9 285	16 945	23 780	24 050
<b>D. Insgesamt</b>	-17 165	-23 560	-22 510	-23 665
<b>E. Generelle Verlängerung der Nutzungsdauern bei der Festsetzung der Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter</b>	710	2 655	5 170	7 020
<b>F. Insgesamt</b>	-16 455	-20 905	-17 340	-16 645

Quelle: Deutscher Bundestag (2000).

Die Möglichkeit inländischer Anteilseigner, die auf Unternehmensebene auf Dividenden gezahlte Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuerschuld anzurechnen, soll abgeschafft werden; allerdings sollen Dividenden – freilich mit Progressionsvorbehalt – nur zu 50 Prozent der persönlichen Einkommensteuer unterworfen werden (Halbeinkünfteverfahren). Dies würde dazu führen, dass die Dividenden eines Einkommensteuerpflichtigen, der dem Spitzensatz unterliegt, deutlich weniger als bislang belastet werden; dagegen würden die Dividenden an Personen mit geringen Einkommen stärker besteuert als im bestehenden System. Auch Veräußerungsgewinne, die private Anteilseigner innerhalb der Spekulationsfrist erzielen, sollen – ebenfalls mit Progressionsvorbehalt – dem Halbeinkünfteverfahren unterworfen werden. Gewinne, die Private bei Veräußerungen von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften erwirtschaften, sollen bereits dann besteuert werden, wenn die Beteiligung die Grenze von 1 Prozent (statt bisher 10 Prozent) übersteigt; dadurch soll dem Bestreben, wegen der Steuersatzspreizung Gewinne einzubehalten und dann steuerfreie Veräußerungsgewinne zu realisieren, entgegengewirkt werden.

Der Sondertarif für gewerbliche Einkünfte, den es seit 1994 bei der Einkommensbesteuerung gibt, soll abgeschafft werden. Diese Einkünfte (der Einzelunternehmer und Mitunternehmer) – ebenso wie die Einkünfte aus selbständiger Arbeit und jene aus Land- und Forstwirtschaft – sollen wie die Gewinne der Kapitalgesellschaften besteuert werden, wenn die betreffenden Steuerpflichtigen dies wünschen (Optionsmodell).<sup>30</sup> Dies bedeutete, dass die Gewinne bei Nichtausschüttung im Rahmen der Einkommensbesteuerung mit einheitlich 25 Prozent statt mit dem persönlichen (marginalen und durchschnittlichen) Einkommensteuersatz belastet würden. Hinzu käme die Gewerbeertragsteuer in gleicher Höhe wie bei Kapitalgesellschaften; sie wäre höher als bei Nicht-Option, weil es für Kapitalgesellschaften einen Freibetrag und eine Staffelung der Steuermesszahlen von 1 auf 5 Prozent nicht gibt. Die Belastung einbehaltener Gewinne durch die Einkommen- bzw. die Körperschaftsteuer nähme im Falle der Option wohl in vielen Fällen ab; die Gesamtbelastung ginge aber infolge der erhöhten Gewerbesteuer nicht in gleichem Maße zurück, sie nähme unter Umständen sogar zu. Ausgeschüttete Gewinne der optierenden Personengesellschaften und Einzelunternehmen sollen wie die Dividenden der Kapitalgesellschaften nach dem Halbeinkünfteverfahren besteuert werden; die Belastung der Ausschüttungen auf Unternehmensebene (einschließlich der infolge der Option erhöhten Gewerbesteuerbelastung) bliebe erhalten, die Gesamtbelastung nähme im Fall hoher (Gesamt-)Einkommen des Einzel- oder Mitunternehmers tendenziell ab, bei niedrigen Einkommen aber zu.

Personengesellschaften und Einzelunternehmen, die Einkünfte aus einem Gewerbebetrieb erzielen und nicht für die Besteuerung als Körperschaft optieren, will die Bundesregierung dadurch entlasten, dass ein Betrag in Höhe des doppelten Gewerbesteuermessbetrags von der sich an sich ergebenden Einkommensteuerschuld abgesetzt werden darf.<sup>31</sup> Dies bedeutet, dass für Betriebe mit einem Gewerbeertrag von 48 000 DM oder mehr (je Jahr) die Summe aus Einkommen- und Gewerbesteuer sinkt. Die Verringerung des durchschnittlichen Steuersatzes macht beispielsweise für einen ledigen Einzelunternehmer bei einem Gewerbeertrag von 100 000 DM 1,8 Prozentpunkte (29,2 statt 31,0 Prozentpunkte) aus;<sup>32</sup> bei einem Gewerbeertrag von 200 000 beläuft sie sich auf reichlich 5 Prozentpunkte.

Die Gewerbesteuer soll bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer (als Betriebsausgabe) absetzbar bleiben. Dies bedeutet, dass ein Unternehmer oder Mitunternehmer infolge der Reform bei einer margi-

---

<sup>30</sup> Landwirtschaftliche Betriebe sowie Freiberufler können optieren und werden dann gewerbesteuerpflichtig. Sie werden andernfalls zwar infolge der generellen Einkommensteuersenkung, nicht aber durch die (begrenzte) Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer entlastet, weil sie nicht gewerbesteuerpflichtig sind.

<sup>31</sup> Dieser Betrag entspricht bei einem Hebesatz von 400 Prozent etwa der halben Gewerbesteuerschuld; er ist etwas größer als diese, weil er anders als die Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer nicht reduziert.

<sup>32</sup> Für einen verheirateten Einzelunternehmer beträgt die Entlastung ebenfalls rund 1,8 Prozentpunkte, das Niveau der Gesamtbelastung kann aber in Abhängigkeit vom zu versteuernden Einkommen des Ehegatten höher oder niedriger sein als das für einen ledigen Einzelunternehmer.

nalen Einkommensteuerbelastung von 50 Prozent im Ergebnis so gestellt wird, als gäbe es die Gewerbeertragsteuer nicht; bisher ist er in diesem Fall so gestellt, als beliefe sich die Gewerbesteuerschuld auf 50 Prozent ihres tatsächlichen Ausmaßes.

Die beabsichtigten Maßnahmen zur Reform der Unternehmensbesteuerung beinhalten im Kern Steuersatzsenkungen und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer durch verschärfte Abschreibungsregelungen.<sup>33</sup> Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung, wenn es das Ziel ist, grundsätzlich das Einkommen zu besteuern. Sie bedeuten, dass Einkünfte aus Gewerbebetrieb mehr als gegenwärtig im Sinne einer allgemeinen Einkommensteuer belastet werden und bewirken insoweit, dass sich die Allokation der Ressourcen verbessert. Die Verwirklichung des Reformplans brächte aber auch erhebliche Nachteile mit sich.

Allokative Verzerrungen resultierten aus der Differenzierung der marginalen und der durchschnittlichen Steuersätze für die einzelnen Einkunftsarten (wie z. B. Unternehmensgewinne, Zinserträge und Arbeitseinkommen). Die Spreizung der Steuersätze wäre trotz der Senkung der Einkommensteuersätze im Jahr 2001 größer als bislang. Die Differenzierung würde freilich reduziert in dem Maße, in dem die Einkommensteuersätze im Zuge der Reformen 2003 und 2005 generell – und damit auch für Zinserträge und Arbeitseinkommen – gesenkt werden.

Allokative Verzerrungen ergäben sich auch infolge der verstärkten Differenzierung bei der Besteuerung einbehaltener und ausgeschütteter Gewinne der Körperschaften und solcher Unternehmen, die einkommensteuerpflichtig sind, aber für eine Besteuerung als Körperschaft optieren. Die verstärkte Differenzierung wäre die Folge der (von der Bundesregierung nicht überzeugend begründeten) Abschaffung des Anrechnungsverfahrens und der Einführung des Halbeinkünfteverfahrens.

Die Einführung des Optionsmodells für einkommensteuerpflichtige Gewerbebetriebe, für Freiberufler und für Land- und Forstwirte wäre geeignet, die Gewinnsteuerbelastung<sup>34</sup> auf das durchschnittliche Niveau der Belastung der Körperschaften zu begrenzen. Sie trüge grundsätzlich dazu bei, die im neuen System der Unternehmensbesteuerung angelegte Diskriminierung mit ihren allokativen Nachteilen zu verringern.

Die Anrechnung eines Teils der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld der nicht optierenden Unternehmen ist im Vergleich zu einer Reduktion der Gewerbesteuer allenfalls als zweitbeste Lösung anzusehen. Bei einer Verringerung der Steuermesszahlen und einer – im Vergleich zum Reformplan – weniger starken Senkung des Körperschaftsteuersatzes ließe sich die angestrebte Belastung der Gewinne der Körperschaften in Höhe von 38,7 Prozent erreichen, ohne dass

---

<sup>33</sup> Die steuerlich maßgeblichen Nutzungsdauern sollen generell verlängert, die Möglichkeiten degressiver Abschreibung eingeschränkt werden.

<sup>34</sup> Sie resultiert aus der Belastung des Gewinns und der Belastung des Gewerbeertrags, der sich vom Gewinn infolge bestimmter Hinzurechnungen und Absetzungen unterscheidet.

ein Optionsmodell und eine Gewerbesteuer-Anrechnung nötig wären. Die Anrechnung bewirkt aber eine Entlastung und verringert damit sonst auftretende Unterschiede bei der Gewinnsteuerbelastung.

Infolge der Anrechnung des Gewerbesteuerpauschbetrags auf die Einkommensteuerschuld würde – anders als häufig behauptet – der Steuerwettbewerb zwischen den Kommunen über den Hebesatz nicht beeinträchtigt. Der ange-rechnete Betrag der Gewerbesteuer ist unabhängig vom Hebesatz einer Gemeinde. Er ist für die Entscheidung eines Gewerbebetriebs zwischen potentiellen Standorten irrelevant, weil er durch einen Standortwechsel nicht verändert werden kann.

## Summary

### **Fiscal Changes Spur Short and Long Run Growth of GDP in Germany**

1999 has been a year of recovery for the German economy. Despite the weak start which reflected the aftermath of the world economic crises, GDP grew by 1.5 percent against the previous year. In the second half of the year, activity expanded with an annual rate of 3.1 percent. The upswing was primarily driven by the growth of exports. However, private consumption also increased at a high pace due to rising disposable incomes. Unemployment, which went up in the second and the third quarter despite the fact that demographic effects reduce labor supply, has been falling since late autumn.

#### *Outlook: Upswing Loses Some Momentum*

Aggregate activity will expand forcefully in 2000. Strong impulses will continue to come from exports in the first half of the year. In the second half, export growth will slow down slightly. Given the very positive business expectations, investment will increase at a high pace over the course of the year. Even investment in construction will grow this year. Monetary tightening will not affect investment significantly, not least since some investment projects will be realized already in 2000 because stricter depreciation rules will apply from 2001 on. We therefore expect that aggregate production will decelerate only moderately in the second half of the year. The annual average of GDP will be 2.7 percent higher in 2000 than in the previous year.

At the beginning of 2001, both a reduction in personal income taxes and a reform of corporate income taxation will come into force. One effect of these reforms is that they will improve resource allocation and therefore shift up the medium term growth trend of the economy by 0.1 to 0.2 percentage points. The other is a spur for aggregate activity in 2001. As a result of a strong increase in real disposable income, private consumption will accelerate significantly. Investment, however, will not grow as fast as in the preceding year, in particular due to the new depreciation rules. Moreover, impulses from exports will slow down fur-

ther with the effects of the euro's devaluation fading away. Overall, we expect GDP to grow by 2.6 percent.

### *Consequences of a Recession in the United States for Germany*

As for the world economy, the major business cycle risk for Germany lies with the developments in the United States. A strong and sustained fall in American stock market prices – for instance as a result of an increase in interest rates by the Federal Reserve Board due to higher than expected inflation – will probably lead to a sharp drop in private consumption and, therefore, in aggregate activity. A recession in the United States would be the result. Given the significance of the US market for German exports as well as for the exports of Germany's main trading partners, this would have feedback effects on Germany.

The magnitude of these effects is estimated within a scenario calculation. We assume that due to the stock market correction, US GDP does not – as in our forecast – increase by 2.5 percent but stagnates. According to our estimates, industrial production in Germany's main trading partner countries would as a result grow by 1.4 percentage points less than in our forecast. German export growth would lag by 3.1 percent behind its forecast rate in 2001, the effect on German GDP would be – negative impulses on domestic demand included – a fall in the growth rate from 2.6 to 1.2 percent. Thus, there would not be a strong recession but the effects would be felt. Note, however, that the scenario does not include any stabilizing reactions of economic policy. Would the ECB and other central banks reduce interest rates, the effects could be mitigated considerably.

### **Literaturverzeichnis**

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (1999). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999*. Berlin.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (Hrsg.) (1999). *Finanzbericht 2000*. Bonn.
- (2000). Steuerpolitik für die Zukunft unseres Landes. *Finanznachrichten* (7): 1–4.
- Boss, A. (1999a). Zur Belastung der Arbeits- und Kapitaleinkommen in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 934. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- (1999b). Steuerpolitik auf dem Irrweg – Zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung. Kieler Arbeitspapiere 950. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., und W. Ente (1988). Die Einkommensteuertarife 1965, 1986 und 1990: Wo liegen die Unterschiede? *Finanzarchiv* 46 (1): 85–97.
- Boss, A., J. Döpke, M. Fischer, E. Langfeldt, K.-W. Schatz und J. Scheide (1997). Exportboom treibt Konjunktur. *Die Weltwirtschaft* (3): 264–294.
- Boss, A., J. Gottschalk, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1998). Vorübergehende konjunkturelle Abschwächung in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (4): 378–403.
- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999a). Deutsche Konjunktur zieht wieder an. *Die Weltwirtschaft* (3): 280–317.

- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999b). Aufschwung mit geringer Dynamik. *Die Weltwirtschaft* (4): 421–440.
- Bundesanstalt für Arbeit (1998). *Arbeitsmarkt. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (1998). Aktualisierung der Außenwertberechnung und Anpassung an die Bedingungen der Europäischen Währungsunion. *Monatsberichte*. November. Frankfurt am Main.
- (1999). *Monatsberichte*. November. Frankfurt am Main.
- (lfd. Jgg.). *Monatsberichte*. Frankfurt am Main.
- Deutscher Bundestag (2000). *Entwurf eines Gesetzes zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung*. Bundestagsdrucksache 14/2683 vom 15. Februar 2000. Berlin.
- Döpke, J., und M. Fischer (1994). Was bestimmt die westdeutschen Exporte? *Die Weltwirtschaft* (1): 55–66.
- Federal Reserve Board (2000). *Federal Reserve Bulletin*. January. Washington, D.C.
- Frankel, J. A. (1988). Ambiguous Policy Multipliers in Theory and in Empirical Models. In R. Bryant et al. (Hrsg.), *Empirical Macroeconomics for Interdependent Economies*. Washington, D.C.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, B. Sander, J. Scheide und H. Strauß (2000). Weltwirtschaftliche Dynamik auf dem Höhepunkt. *Die Weltwirtschaft*. In diesem Heft.
- Heitger, B. (1998). *Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben: Eine empirische Analyse für die OECD-Länder*. Kieler Studien 291. Tübingen.
- IMF (International Monetary Fund) (2000). *International Financial Statistics*. January. Washington, D.C.
- Kamps, C., C.-P. Meier und J. Scheide (2000). Euroland: Kräftiger Aufschwung, zunehmende Stabilitätsrisiken. *Die Weltwirtschaft*. In diesem Heft.
- Laschke, B., und U. Ludwig (2000). Günstige Aussichten der ostdeutschen Industrie im Jahr 2000 bei saisonüblicher Eintrübung der Geschäftslage zu Beginn des neuen Jahres. *Wirtschaft im Wandel* 6 (3): 76–79.
- Meier, C.-P. (1998). *Reale Wechselkurse und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine empirische Analyse von Wechselkursschwankungen auf die Bundesrepublik Deutschland*. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik 111. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln.
- Müller, A. (1999). Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft stagniert. *ifo Schnelldienst* 53 (3): 9–16.
- Statistisches Bundesamt (1995). *Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland*. Stuttgart.
- (1997). *Strukturdaten für die ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- (1998a). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 20: Revidierte Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung*. Stuttgart.
- (1998b). *Statistisches Jahrbuch für Deutschland*. Stuttgart.
- (1999a). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- (1999b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 20: Revidierte Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung 1991 bis 1998*. Stuttgart.
- (1999c). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht 1998*. Stuttgart.
- (1999d). *Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1998*. Arbeitsunterlage. März. Stuttgart. Erscheint demnächst.

- Statistisches Bundesamt (2000). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Strauß, H. (1998). Bestimmungsgründe und Entwicklungstendenzen des deutschen Dienstleistungsexports. *Die Weltwirtschaft* (2): 154–176.
- (2000). Eingleichungsmodelle zur Prognose des deutschen Außenhandels. Kieler Arbeitspapiere. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. In Vorbereitung.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1999). *Wirtschaftspolitik unter Reformdruck. Jahresgutachten 1999/2000*. Stuttgart.